REVOLUTIONS-BIBLIOTHEK NR. 9

ENTWURF EINES PROGRAMMS

DER

U. S. P.

VERFASST IM AUFTRAG DER POL. KOMM.
DES AKTIONSRATS CHARLOTTENBURG

SOWIE

KRITIK DES AKTIONSPROGRAMMS

VON

Dr. J. BROH

VERLAG GESELLSCHAFT UND ERZIEHUNG G.M.B.H.
N-FICHTENAU 1920

REVOLUTIONS-BIBLIOTHEK NR. 9

ENTWURF EINES PROGRAMMS
DER
U. S. P.

VERFASST IM AUFTRAG DER POL. KOMM.
DES AKTIONSRATS CHARLOTTENBURG

SOWIE

KRITIK DES AKTIONSPROGRAMMS
UND DES REVOLUTIONSPROGRAMMS

VON
Dr. J. BROH

VERLAG GESELLSCHAFT UND ERZIEHUNG G. M. B. H.
BERLIN-FICHTENAU 1920

VORWORT

Die nachfolgenden Kritiken des Revolutions- und des Aktionsprogramms werden nicht nur die *Schwächen dieser Programme,* sondern — was ungleich fruchtbringender sein wird — zugleich die *Schwächen der Partei* beleuchten. Erst volle Erkenntnis kann volle Heilung bringen!

Die Kritik des Revolutionsprogramms nebst dem Programm-Entwurf ist bereits vor dem Leipziger Parteitag verfaßt worden.

Inzwischen hat dieser Parteitag das sogenannte Aktionsprogramm, von Crispien entworfen, angenommen. Ähnlich wie das Revolutionsprogramm ist es nur eine programmatische *Resolution,* nicht ein Programm im eigentlichen Sinne. Demgemäß hat auch der Parteitag gleichzeitig beschlossen, daß auf dem nächsten ordentlichen Parteitag ein ausführliches Programm beraten werden soll.

Das Leipziger Aktionsprogramm, das ich im Folgenden mit zum Abdruck bringe und eingehend kritisch beleuchte, bedeutet gegenüber dem Berliner Revolutionsprogramm einen geringen Fortschritt nach links. Im Kern ist es ja nur eine stilistische Umformung des Rev.-Programms. Nur einige ganz schlimme Konfusionen Hilferdingscher Herkunft, wie z. B. die Verankerung der Räte, sind gestrichen. Daß das Aktions-Programm unsren Saboteuren der Revolution das Handwerk legen könnte, ist

leeres Gerede. Diese können sich auf das verschwommene Aktions-Programm ebenso berufen, wie bisher auf das Revolutions-Programm. Schon die Tatsache, daß es *einstimmig* angenommen werden konnte, sowohl von den Anhängern der parlamentarischen Demokratie — denen um Kautsky und Hilferding — wie von ihren Gegnern, *sagt mehr,* als alle Kritik es vermöchte. Noch wenige Wochen zuvor trat ja auch sein Verfasser genau so wie Hilferding gegen den Anschluß an Moskau und für die Reise nach Genf ein. Beide haben freilich die letztere notgedrungen aufgegeben, zugleich aber auch den unmittelbaren Anschluß an Moskau *vorläufig* abzuwenden verstanden. Vieles, was ich in der Kritik des Revolutionsprogramms ausgeführt habe, trifft auch für das Aktionsprogramm zu, beinahe wortwörtlich.

Der vorliegende Programm-Entwurf soll helfen, die Entwicklung in der Partei weiter vorwärts zu treiben — zur nächsten Etappe: der Herstellung einer revolutionären *Einheitsfront* in Deutschland.

In *Deutschland* wird die Entscheidungsschlacht der Weltrevolution geschlagen werden, nicht im Westen. Stubenweisheit ist die Ansicht Kautskys und Hilferdings, wonach der Erfolg des Sozialismus abhängig sei von der Blüte der kapitalistischen Entwicklung, die sie im Westen sehen. Richtig ist vielmehr, daß (wenn auch die kapitalistische Entwicklung Vorbedingung der sozialistischen ist) die Entscheidung der Revolution abhängt von dem organisatorischen und dem revolutionären *Geist des Proletariats.* Dies zeigt schon ein Blick auf die Sowjet-Republik des kapitalistisch weniger entwickelten Rußlands und auf das kapitalistisch höchst entwickelte Amerika, wo der Sozialismus erst mühsam emporkriecht. Überdies ist Deutschland, das Vaterland des wissenschaftlichen Sozialismus, zugleich auch in vollkom-

menem Maße *ökonomisch* entwickelt, weit mehr z. B. als Frankreich. Nicht nur die Klasse der Kapitalisten, sondern auch die der Proletarier ist in Deutschland derart organisiert und geschult, wie sonst in keinem Land der Welt. Nirgends ist zugleich der *Bankrott* des kapitalistischen Systems soweit vorgeschritten wie hier.

Wer daher dem westlichen Proletariat die Verantwortung für die Weiterentwicklung der Weltrevolution zuschieben will, schiebt sie von sich selbst ab. Daher muß das größere Verantwortlichkeitsgefühl Kautskys, Hilferdings und ihrer Anhänger bestritten werden. Ihre wissenschaftlichen Gründe aber sind zum größten Teil abwegig; sie lassen sich vergleichen mit den gelehrten Beweisgründen der deutschen Professoren der Nationalökonomie und der Medizin, die die Durchhalte-Fähigkeit des deutschen Volkes im Weltkriege tiefgründig nachgewiesen haben. So wie der Weltkrieg diese Scheingründe widerlegt hat, so wird auch die Weltrevolution selbst, in der wir uns befinden, jene Scheingründe widerlegen. Je mehr Massen- und je weniger Führer-Politik innerhalb des Proletariats wird getrieben werden, um so rascher wird sich verwirklichen die Hoffnung auf die revolutionäre Einheitsfront in Deutschland und damit auf *die entscheidende Macht des deutschen Proletariats* — mag es nun das nachfolgende Programm oder irgendein anderes ähnliches als Sturmbanner aufpflanzen.

Die brennendste Frage neben der der Einigung ist gegenwärtig die der Beteiligung an den *Parlamenten* und den *Gewerkschaften*. Da für die Endaktion diese Beteiligung wertlos ist, da sie ferner, zumal infolge der deutschen Tradition, sich nie völlig wird befreien können von der Gefahr der Versumpfung und Verbürokratisierung und da sie letzten Endes gegenüber den ungeheuren Geldmitteln der Gegner doch versagen muß, so

würde ich persönlich es begrüßen, wenn die Partei jetzt schon so revolutionär wäre, die Beteiligung zu verwerfen und statt dessen *alle* Kraft auf den Aufbau der *Räteorganisation* in den Kommunen und in den Betrieben zu verwenden, wenn also die Partei selbst den vorliegenden Programm-Entwurf in diesen Punkten nicht billigte. Da ich aber mit dieser Entwicklung der Partei für die kommenden Monate noch nicht rechnen kann, so habe ich davon Abstand genommen, die Nichtbeteiligung zur Bedingung zu machen in einem *Partei-Programm*, das der Ausdruck des jetzigen Parteiwillens sein soll, sondern für wichtiger gehalten, die *Gegenmittel* gegen die Gefahren der Beteiligung festzulegen. Im gegenwärtigen Stadium handelt es sich hier jedenfalls nicht um eine Frage des Prinzips, sondern nur der Strategie.

Berlin-Halensee, den 20. Januar 1920.

Dr. J. Broh.

Einführende Kritik.
(Die beiden Richtungen in der Partei.)

Nachdem das Aktionsprogramm angenommen ist, muß jede Kritik verstummen. Jetzt haben wir endlich die heißersehnte Grundlage für völlig einheitliche fruchtbare Arbeit. Wer jetzt noch kritisiert, ist ein Krakehler oder ein Wirrkopf.

Diese Anschauung wird tatsächlich vielfach vorgetragen von Genossen, die sich revolutionär nennen. Wir aber, für die revolutionär sein bedeutet: stets von neuem nachprüfen, immer wieder Neuland suchen, wir lassen uns das Recht auf Kritik von niemandem streitig machen.

Sehen wir, einen Überblick zu gewinnen über den Weg, den die Partei gegangen ist, und von einem höheren entwicklungsgeschichtlichen Standpunkt ihr jetziges Sein und Werden kritisch zu erfassen.

Ihr Ausgangspunkt ist der Sumpf der S.P.D., aus dem wir alle uns erst losringen mußten. Ihr Gipfelpunkt ist die Errichtung des proletarischen Staates. Der Weg dahin ist keine gerade Chaussee. Gegenüber dem ungeschriebenen Programm des 9. November ist das Märzprogramm, das unter Haases Einfluß entstand und sich prahlerisch „Revolutions-Programm" nannte, ein H i n a b in zerrissene Schluchten. Das Leipziger Aktionsprogramm führt ein wenig den Berg hinauf. (Eine größere Höhe erklimmt die Resolution zur Internationale, die das eigentliche Zeichen des Fortschritts der Partei ist.)

Alle, die jetzt von draußen aus der S.P.D. uns zuströmen, und die, die sich innerlich noch nicht ganz von deren Ideologie befreit haben, halten den Leipziger Aussichtspunkt schon für den Gipfel selbst. Wir anderen g e b e n u n s n i c h t z u f r i e d e n,

wir steigen weiter empor. Wir wissen, daß von der in Siebenmeilenstiefeln schreitenden Revolution jedes Programm schon in wenigen Monaten oder Jahren überholt wird. Daß das Erfurter Programm jahrzehntelang sich behaupten konnte, lag daran, daß diese Jahrzehnte nicht revolutionäre waren. Ertrug doch die Sozialdemokratie sogar die Herrschaft eines absolutistischen Narren wie Wilhelm II.!

Jetzt dagegen leben wir nicht nur in einer „vorrevolutionären" Periode, sondern mitten in der Weltrevolution. Freilich, die Theoretiker der Partei sehen sie nicht in ihrer Studierstube, die Parlamentarier nicht in ihren parlamentarischen Kleinkämpfen.

Je nach dem, ob man die Revolution erlebt oder ob man sie erst in gewisser Ferne erschaut, wird man die taktischen Aufgaben der Partei völlig verschieden werten. Dem entspricht auch die Verschiedenheit der Urteile über den Leipziger Parteitag in unserer von früher her noch größtenteils reformistisch gerichteten Presse. Der alte Gegensatz zwischen Revolutionären und Reformisten muß notwendig so lange währen, bis das alte System zertrümmert ist. Hierüber müssen wir uns klar werden, sollen wir nicht immer aneinander vorbeireden.

Mit dem Begriff „Revolutionär" wird mehr denn je ein Verwirrungsspiel getrieben. In bezug auf das Endziel lieben es nämlich auch die Reformisten, sich Revolutionäre zu nennen, da auch sie es erstreben. Aber sie erstreben es auf dem Wege der Entwicklung, der Evolution, nicht auf dem der unmittelbaren Revolution. Für sie ist das Ziel nicht ein gegenwärtiges, reales, sondern ein in der Ferne liegendes, ideales.

Bevor wir aber an die Einzelkritik herangehen, müssen wir Stellung nehmen zu den oft wiederholten Angriffen gegen die Revolutionäre: 1. sie seien unwissenschaftlich, 2. sie vernachlässigten die praktische Arbeit zugunsten der revolutionären Phrase.

Der Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit wird regelmäßig verknüpft mit dem Vorwurf, die Revolutionäre ließen sich von Gefühlen treiben. Gewiß, wir halten die Schürung der revolutionären Leidenschaft für eine Hauptaufgabe; wir bekämpfen leidenschaftlich die kühlen Flaumacher, die nur die äußere Macht der Feinde, nicht ihre innere Schwäche sehen, die Brem-

ser, die sich mit Vorliebe auf die Unreife der Massen berufen, weil sie selbst nicht die Kraft in sich fühlen, die Revolution vorwärts zu treiben und die Massen aufzurütteln. Aber für ebenso wichtig halten wir die grundsätzliche theoretische Klärung.

Nur die Theorien der *Reformisten* halten wir nicht zur Klärung geeignet, sondern für schwankend, irrig und wirklichkeitsfremd. Sie sind die Illusionisten, da sie die absolute Unvereinbarlichkeit des kapitalistischen und des kommunistischen Systems, des bürgerlichen und des proletarischen Staates sowie die Methode, wie die Bestie Kapitalismus niedergezwungen werden muß, immer noch nicht scharf erkannt haben, da ihre Ideologie — entsprechend dem zweiten Teil des Erfurter Programms — immer noch in den Gedankengängen der demokratischen Bourgeoisie wurzelt. Man denke nur an die Verankerung der Räte im bürgerlichen Staat, womit unsere Reformisten den Sozialpatrioten das Stichwort für ihr Betriebsrätegesetz gaben; an den Don-Quichote-Ritt, den Crispien und Hilferding noch vor wenigen Monaten nach Genf unternehmen wollten, um die S.P.D. bei der 2. Internationale, also um den Teufel bei seiner Großmutter zu verklagen; an das goldene Lohngesetz, das Hilferding jetzt mit Hilfe der kapitalistischen Parlamente nach österreichischem Muster schaffen will, eine nach Ursprung und Wesen echt bürgerliche, entrevolutionierende Idee; und schließlich an die geradezu naive Gleichstellung der Räte mit den Parlamenten und Gewerkschaften im Aktionsprogramm selbst. Ganz zu schweigen von der Begeisterung Kautskys, Hilferdings und Ströbels für die Demokratie und von ihrem idealen Abscheu vor dem „Terrorismus", den sie bekanntlich mit Ledebour teilen. Gerade wir nehmen für uns die Konsequenz des wissenschaftlichen Denkens in Anspruch. Gerade wir haben das Recht, uns auf den wahren Inhalt der Lehren von Marx und Engels zu berufen. Und wir werden nicht müde werden, jene Halbheit und Scheinwissenschaftlichkeit bloßzulegen; nur haben wir leider die „Freiheit" und die meisten Parteiorgane selbst dann nicht zur Verfügung, wenn sie frei erscheinen!

Ebenso verhält es sich mit der praktischen Arbeit. Wir leugnen nicht, daß sie von den Reformisten jetzt noch, wie vordem 50 Jahre lang, in reichem Ausmaß geleistet wird. Vor allem

in den Staats- und Gemeindeparlamenten. Aber die Zuschneider dieser Arbeit sind die Kapitalisten. Wir haben stets nur Flicken aufgesetzt, die an dem Klassencharakter der Gesetzgebung, Verwaltung und Wirtschaft nicht das mindeste änderten, ihn aber — was das Schlimmste ist — verdecken halfen! Gerade diese reformistische Kleinarbeit hat der Sozialdemokratie das revolutionäre Blut aus den Adern gesogen. Ihr historischer Wert soll damit nicht bestritten werden. Jene Periode war eben noch nicht reif für entscheidende revolutionäre Aktion.

Seit dem Weltkrieg aber und seit der Errichtung der Sowjet-Republik sind wir in Deutschland in die revolutionäre Epoche eingetreten. Sie ist nicht auf einen Winter beschränkt, nicht von dessen Zufälligkeiten abhängig, sondern eine andauernde. Diese revolutionäre Epoche verlangt eine neue Taktik.

In einer solchen Epoche verliert die Flickarbeit der Reformisten jeden auch nur historischen Wert. Den Beweis hierfür bietet die Arbeit unsrer Genossen im Preußischen Landtag für das allgemeine Wahlrecht sowie gegen das Fideikommißgesetz. Das ganze parlamentarische Geschwätz samt dem Landtag wurde weggefegt durch den 9. November, ja, auch die Begeisterung für das Wahlrecht selbst! Also nicht einmal das Ziel jener parlamentarischen Kämpfe blieb. Wir Revolutionäre haben jetzt andere Ziele als das allgemeine Wahlrecht.

Die bisher führende Generation sah in den Parlamenten die Gipfelpunkte ihrer Tätigkeit, betrachtete sie als Festungen, die wir erobern müßten, um zum Sozialismus zu gelangen. Nachdem dieser Aberglaube zerstört ist — außer in den Köpfen der Kautskyaner — ist auch das eigentliche Ziel der reformistischen Arbeit zerstört. Übriggeblieben ist vielmehr eine ziellose Verbesserungsarbeit am heutigen Staate.

Wir dagegen wollen: 1. Benutzung der Parlamentsbühne und der Parlamentswahlen — solange wir uns dieser Mittel überhaupt noch bedienen — nur zur restlosen Aufdeckung des Klassencharakters des Staates, zur direkten Agitation in den Massen für das unmittelbare Ziel der Zertrümmerung des ganzen bürgerlichen Staats samt seinen Parlamenten und seinen kommunalen Selbstverwaltungen; 2. statt der Verbesserungs-

arbeit innerhalb des kapitalistischen Rahmens: schöpferischer Neuaufbau der Tragpfeiler des proletarischen Staates, jetzt unmittelbar, durch Organisierung nur revolutionärer Betriebs- und kommunaler Arbeiterräte.

Hier haben wir ein ungeheures Brachfeld zu beackern. Diese revolutionäre Arbeit nimmt alle, aber auch alle schöpferischen und agitatorischen Kräfte völlig in Anspruch.

Leider sehen wir im Berliner Proletariat ein zurzeit noch unfruchtbares und die revolutionäre Einheitsfront verwirrendes Ringen um die richtige Methode. Indessen, die harte, gewaltige Zeit wird binnen kurzem selbst als Lehrer eingreifen, und die Fehler des Vollzugsrats korrigieren.

Dies Problem, zum mindesten für die kommunalen Arbeiterräte, haben wir vor kurzem in Charlottenburg gelöst, in vorbildlicher, hoffentlich bald überall nachgeahmter Weise. Wir haben mit dem bisherigen Prinzip gebrochen, wonach der Kommunale Arb.-Rat nur flickenderweise die Verwaltungsarbeit verbessern und ergänzen sollte. Er hat sich als reine, nur politische Kampforganisation gegen die jetzige „Selbstverwaltung" etabliert und zugleich sich auf ein breites Fundament gestellt, auf eine von ihm geschaffene revolutionäre kommunale Arbeitsgemeinschaft aller städtischen Betriebe. Diese ist durchaus verschieden von der bisher bekannten Arbeitsgemeinschaft, wie sie in Berlin, Charlottenburg und vielen anderen Kommunen als eine rein wirtschaftliche Mischmasch-Gemeinschaft besteht, unter dem Beifall nicht nur der Demokraten, wie Geheimrat Cassel, sondern auch unsrer parteigenössischen kommunalen Parlamentarier, wie Dr. Weyl, Dr. Löwenstein, in unserer, vom Geist der „Freiheit" erfüllten „Soz. Gemeinde". Zu den Vertrauensleuten der neuen Arbeitsgemeinschaft darf kein Mitglied der anderen gehören und nur, wer die Diktatur des Proletariats miterringen will. Sie haben ihre Betriebe aufzuklären und aufzurütteln und für die Wahl revolutionärer Betriebsräte zu arbeiten. Zwischen U.S.P.D. und K.P.D. besteht hier nicht der geringste Zwiespalt, sondern nur der idealste Wetteifer für das gemeinsame Ziel. Ein neuer 9. November würde hier jedenfalls eine zur Übernahme der Macht gut vorbereitete und geschulte Einheitsfront vorfinden.

Dies Beispiel zeigt, noch besser als die theoretischen Darstellungen es vermögen, wie verschieden die revolutionäre Arbeit von der bisherigen reformistischen, besonders der parlamentarischen, und zugleich wie notwendig sie ist. Die Berechtigung und die Fruchtbarkeit unserer Kritik kann nur von den Einschläferern der Revolution bestritten werden.

Erwähnen möchte ich auch noch zwei gleichfalls hoffentlich bald überall durchdringende Beschlüsse unserer Organisation in Charlottenburg: 1. Die unabhängigen Stadträte sind nur dem kommunalen Arbeiterrat, und zwar aus seinen entschiedensten, revolutionärsten Mitgliedern zu entnehmen. 2. Niemand darf Funktionär der Partei sein, der einer kirchlichen oder religiösen Gemeinschaft angehört oder seine Kinder am Religionsunterricht teilnehmen läßt. (Zwei Mitglieder sprachen dagegen, zufällig beide Redakteure der „Freiheit", Gen. Dr. Hertz und Stössinger.) Auch der Parteivorstand, besonders Crispien, nahm nachträglich Stellung gegen den Beschluß, da er angeblich gegen den Grundsatz „Religion ist Privatsache" verstoße. Wir blieben aber fest auf unserm Standpunkt, daß unsre Funktionäre nicht zahlende Mitglieder der *Hauptorganisation* der Reaktionäre, der Kirche, sein dürften — um womöglich, wie Heine und Südekum, als stellvertretende höchste Bischöfe der preußischen Landeskirche zu enden. —

Das Hauptziel der revolutionären Arbeit läßt sich dahin präzisieren: Beschleunigte Heraufziehung und Organisierung des *gesamten klassenbewußten* Proletariats, um alle Posten sofort bei Eroberung der Macht zu beziehen. Das übrige Proletariat wird dann mitgerissen und schon durch die ökonomische Entwicklung für die Revolution reifgemacht. Die *bisherige* Methode der Parteiarbeit dagegen ging dahin, eine kleine Zahl von Führern, Parlamentariern und noch einigen „Bonzen" zu schulen. Man glaubte ja auch bisher, die Partei könnte die Regierung ergreifen.

Diese auf Partei und Parteiführer zugeschnittene Methode hat am 9. November kläglich Schiffbruch erlitten. Da saßen die Herren Volksbeauftragten und die Herren vom Vollzugsrat, regierten und dekretierten. Nur eins fiel ihnen nicht ein: die Massen zu rufen. Ihre Diktatur erschien ihnen bereits als die

Diktatur des Proletariats. Und die „Regierung“ Ebert-Haase wurde mit vollem Recht das Stichwort der gesamten Reaktion, der vereinigten Gegnerschaft gegen die von Liebknecht geführten revolutionären Arbeiter. Bis endlich von dem Tage ab, da die Gegenrevolution das Bombardement gegen die Volksmarine eröffnete, die Massen selbst erschienen. Aber die Führer? Däumig und Richard Müller, über dessen Leiche die Gegenrevolution nicht gestolpert ist, sagten überhaupt ab. Und Ledebour — vermittelte. Mit ihm alle die anderen Führer, Dittmann, Cohn usw. Alles ehrliche Makler, gefühlvolle Idealisten, gewiß. Aber diese Vermittlung war der Dolchstoß in den Rücken der Revolution. Scheidemann und Noske, die keine Idealisten sind, nutzten diese Hemmung der revolutionären Stoßkraft behende aus. Sie handelten.

Wochenlang danach durften die Haase, Dittmann u. Gen. nicht wagen, vor unsern Parteigenossen in Berlin öffentlich zu sprechen. Aber schon auf dem März-Parteitag hatten sie von neuem die unbestrittene Führung. Der Mechanismus der Parteibureaukratie funktionierte wieder, nachdem die Revolution ihn vorübergehend gestört hatte.

Und heute thronen sie alle wieder oben, wie in den schönsten Tagen der parlamentarischen Zeit, sich untereinander offen und heimlich bekämpfend. Nur an Stelle des „unersetzlichen“ Haase sitzt jetzt das unzertrennliche Paar Crispien und Hilferding. Der eine ein Kunstredner, ein politischer Heldentenor, der alle Töne bis zum hohen revolutionären C zu meistern weiß; der andre ein Gesundbeter des Kapitalismus, ein Leitartikler aus der Wiener Schule, der die ganze Verworrenheit seiner Politik — einer Zusammenpfuschung aus der parlamentarischen Demokratie Kautskys und der proletarischen Diktatur Lenins — verdeckt durch tägliches höchst radikales Donnern gegen die Regierung. Die nebenbei auch anständige Mehrheitler, wie Leuß und Davidsohn, oder unpolitische ehrliche Leute befeinden.

In der Tat werden hierdurch große Massen in der Partei irregeführt. Sie spotten zwar über die Toren, die heute noch von der „sozialistischen“ Regierung mehr erwarten als von der Revolution. Daß sie selbst aber den echten Wein wahrer revolutionärer

Gesinnung noch nicht von rot gefärbter Limonade unterscheiden können, das wissen sie nicht. Gegen die von den Scheidemännern betriebene Verwirrung können sie sich w e h r e n, weil sie sie e r k e n n e n. D i e h i e r v e r b o r g e n e R e a k t i o n a b e r i s t w e i t a u s g e f ä h r l i c h e r.

Hin und wieder erkennen die aufmerksameren Parteigenossen, daß selbst der radikale Donner nur ein Theaterdonner ist. Daß die „Freiheit"leute im Grunde jeden Augenblick bereit sind, sich mit den Sozialpatrioten zu arrangieren, wenn sie nur hierdurch wieder an die heißersehnte Regierung kommen. Erst vor ganz kurzer Zeit fanden Besprechungen zwischen Scheidemann und Oskar Cohn statt, wollten ferner die um Lipinski in Sachsen sich mit den dortigen Scheidemännern vereinigen unter dem Beifall der „Freiheit". Natürlich mit der Forderung von „Sicherungen". Also keine Spur marxistischer Erkennntnis, daß es sich um eine geschichtlich notwendige Entwicklung handelt, die jede sichernde Fessel sprengt.

Darauf beruht auch die Freundschaft unserer Führer mit *Friedrich Adler*. Allerdings, Adler hat einmal seinen Kopf eingesetzt für eine zwar nicht proletarisch-revolutionäre, sondern nur radikale Tat, die auch von einem begeisterten bürgerlichen Demokraten hätte begangen werden können. Sie hat daher auch keine revolutionäre Bewegung ausgelöst — wie solche sogar durch das Attentat des Gegenrevolutionärs Graf Arco gegen Eisner ausgelöst wurde. Aber es war eine Tat. Und das gesamte revolutionäre Proletariat glaubte, einen Führer ähnlich wie Liebknecht gefunden zu haben. Indessen scheint die revolutionäre Energie Adlers in dieser Tat ausgeströmt zu sein. Er hält in Gemeinschaft mit Renner, dem Scheidemann Österreichs, die revolutionären Proletarier — soweit sie ihm nachlaufen — immer noch fest in seiner Mischmasch-Partei, die genau so wie unsere S.P.D. mit den Klerikalen, den Christlich-Sozialen, die Regierung teilt. Diese vereinigte sozialdemokratische und bürgerliche Reaktion kann in Österreich noch weniger als in Deutschland die Lügenmär aufrechterhalten, s i e sichere dem Volke Brot und Arbeit. Das österreichische Proletariat s t i r b t als der Bettler Europas unter Adlers verantwortlicher Mitarbeit und unter den Fußtritten des Entente- und des eigenen nationalen Kapitalismus.

Der aber feiert Feste wie der französische Adel vor der großen Revolution.

Wien ist ein flammendes Menetekel für die Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland. Zugleich zeigt es uns, daß keineswegs — wie Kautsky und Hilferding glauben machen wollen — die ökonomische Entwicklung allein den Ausschlag gibt. Die wirtschaftlichen Gegensätze sind dort derart zugespitzt, daß das Proletariat schon längst gekämpft hätte, wenn nicht die Führer, die Adler und Renner, seine revolutionäre Energie vollständig gelähmt hätten. Dies Proletariat befindet sich noch auf der gleichen geschichtlichen Entwicklungsstufe, wie das reichsdeutsche Proletariat während des Weltkriegs. So wie dies sich unter dem Einflusse der Partei- und Gewerkschaftsbonzen bis zum Januar 1918 widerstandslos von seinen Herren lieber auf die fürchterlichsten Schlachtbänke des Abend- und Morgenlandes schleppen ließ, anstatt für die Freiheit zu bluten, so stirbt das österreichische Proletariat unter dem Einfluß seiner Führer eher tausendfachen Hungertod, anstatt sich gegen seine Sklavenhalter zu empören. Nicht blutiger Aufstand käme in Österreich in Frage, aber Ergreifung der Kontrolle über die Produktion und den Handel.

Wir dürfen annehmen, daß eine zu solcher Verelendung fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung bei uns auf weit stärkere revolutionäre Kraft stoßen wird. Trotz der Hilferdings. Nicht nur infolge des kräftigeren Nationalcharakters, sondern vor allem infolge der gereifteren Erkenntnis. Diese ist aber innerhalb der unabhängigen Partei noch keineswegs so weit gediehen, daß die Gefahr der Verwirrung und Abschwächung beseitigt wäre. Vielmehr sehen wir in dem Überbau der Parteiorganisationen, in der Zentralleitung, den parlamentarischen Fraktionen und in den Organen der Presse, kurz, in dem Offizierkorps der Partei, vor wie nach dem Leipziger Parteitag, die Hilferdingsche Richtung vorherrschen.

Sie ist, geistig betrachtet, nur der linke Flügel der S.P.D. Wie diese, denkt sie immer noch in den Formen der Parteiregierung, an Stelle wirklicher Diktatur des Proletariats; wie diese, hält sie die Räte im Grunde nur wieder für ein Parlament von Arbeitern; wie diese, betrachtet sie immer noch das

heutige Parlament für den Gipfelpunkt unserer Tätigkeit; wie diese, arbeitet sie — trotz der Reorganisation — mit dem gleichen Parteibureaukratismus.

Crispien machte nach dem Leipziger Parteitag die Entdeckung, daß die kommunistische Partei tot wäre. Derartiges können wir auch in der „Freiheit" lesen. Hier zeigt sich klar, daß diese Offiziere gar kein Verständnis für das politische Leben der Massen haben. Sie wähnen, weil sie durch Kompromisse eine scheinbare Einheit auf einem Parteitage geschaffen haben, während es in der K.P.D. gärt und brodelt, daß wir besonders lebendig, jene aber tot seien! Sie haben völlig den 4. August 1914 vergessen, der die so riesig gewachsene S.P.D. als den Hund der deutschen Bourgeoisie vorfand, richtiger als Leiche eines Hundes.

Möchte doch unsere Partei nur von dem gleichen strudelnden Leben erfüllt sein wie die K.P.D.! Was unsere Parteibeamtenschaft dort als Zersetzung zu erkennen glaubt, ist ja gerade Entwicklung! Als zwei so überragende Führer, wie Liebknecht und Luxemburg, auf dem ersten Parteitag der K.P.D. von einer großen Mehrheit überstimmt wurden — wenn auch nur in einer taktischen Frage — da erlangte zum ersten Male der Wille der Massen gegen den der Führer Geltung, da wurden die Massen mündig. Wäre es in der früheren und jetzigen S.P.D. jemals denkbar gewesen, daß Führer wie Bebel oder Scheidemann in der Minderheit auf einem Parteitag geblieben wären? Und haben wir es in unserer Partei schon jemals irgendwo erlebt, daß, wie es in Berlin geschehen ist, sämtliche Parteifunktionäre der K.P.D. auf einen Beschluß der Mitglieder hin zurücktreten müssen?

Vergleichen wir mit dieser kraftvollen Betätigung des Massenwillens unsere Partei! Ganz zweifellos drängt auch hier der Wille der Massen nach links. Aber die im Parlamentarismus und in den Ideen der Demokratie aufgewachsenen Offiziere der Partei halten das Heft weiter in Händen. Sie haben auch die Regimentskassen in Besitz! Dieser ökonomische Untergrund ist, wie wir von Marx gelernt haben, außerordentlich wichtig. Bis in die Besetzung des kleinsten Redakteurpostens erstreckt sich diese Macht. Und diese Parteibureaukraten lassen sich durch

keine Massenbewegung aus dem Sattel heben. *Sie machen einfach jede Bewegung mit* — höchst geschickte Reiter. Dittmann, Hauptstütze der gegenrevolutionären Regierung Ebert-Haase, Hauptredner des sich selbst entmannenden Rätekongresses, ist auch der Hauptleiter des „Revolutions"- und dann des „Aktions"-Parteitags! Crispien und Hilferding, vier Wochen vorher G e n - f e r D e m o k r a t e n , machen vier Wochen später eine Resolution g e g e n Genf.

Nennen wir die Dinge beim richtigen Namen! Würden diese Genossen und ihre lange Kette von Anhängern tatsächlich nach Moskau umgeschwenkt sein — nun, man würde es zwar für historisch überstürzt und unerklärlich finden, man würde die Schwenkenden für schwankend erklären, aber man würde sich damit abfinden. Was aber empören muß, ist die U n w a h r - h a f t i g k e i t der Schwenkung. Nach wie vor das alte Doppelspiel. Mit Kautsky, mit Ströbel, mit Bernstein, ja, sogar mit dem „Berliner Tageblatt" kann man diskutieren. Sie alle stehen wenigstens fest auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie, ebenso wie auch die Unabhängige Arbeiterpartei Englands (nicht zu verwechseln mit der revolutionären Socialist Party) und die ganze Genfer Internationale. Sie alle verwerfen den revolutionären Umsturz, die revolutionäre Gewalt. Auf welchem Boden aber stand und steht Hilferding und die „Freiheit"? B e k ä m p f e n s i e i n W a h r h e i t d i e d e m o - k r a t i s c h e n I d e e n i h r e s M e i s t e r s u n d M i t - a r b e i t e r s K a u t s k y ?

Wäre in Leipzig wirklich eine neue Richtung durchgedrungen, so hätten die Männer der alten Richtung zurücktreten müssen. Denn es handelte sich ja nicht um bloße taktische, sondern um die wesentlichsten grundsätzlichen Fragen. Statt dessen sind sie in alter Machtvollkommenheit geblieben. Nur ein paar „Radikale" figurieren jetzt als Feigenblätter. Und da soll neues Leben, neue Aktion aufsprießen? Manche Genossen glauben freilich, die alten Redakteure und Führer m ü ß t e n gemäß der neuen, in Leipzig angeblich zum Siege gelangten Richtung reden und schreiben. Sie machen sich offenbar gar nicht klar, daß sie sie hiermit zu Schmocks und Tintenkulis herabwürdigen würden.

Tatsache ist, daß, genau so, wie im Reiche nach dem 9. November die ganze bisherige Bureaukratie weiterherrschte, auch in unserer Partei nach Leipzig o b e n alles beim alten geblieben ist. Das Verhalten der „Freiheit“ und der Parteiführer gibt den täglichen Beweis hierfür. Man lese nur den Artikel zum sog. „Friedensschluß“. Ein unverfälschtes S.P.D.-Produkt. „D e u t s c h l a n d m u ß d a s V e r t r a u e n d e r W e l t e r r i n g e n.“ Der „Verlust der deutschen Landsleute“ in Posen usw. wird betrauert. Deutschland, die deutschen Landsleute, ja die Welt — das alles sind für die „Freiheit“ einheitliche Begriffe! Sie drückt sie alle gemeinsam an ihre Brust. Sie nimmt so wenig wie die Sozialpatrioten davon Notiz, daß es z w e i Deutschlands gibt, das ausgebeutete, proletarische, revolutionäre, auf dessen Seite wir stehen, und das ausbeutende, kapitalistische, gegenrevolutionäre Deutschland, das wir nicht belehren oder gesundbeten, sondern nur als unsern Todfeind b e k ä m p f e n können; daß die deutschen „Landsleute“, die „wir“ verloren haben, zu einem beträchtlichen Teile unsere Feinde, Schieber und Reaktionäre, sind; daß die Welt, deren Vertrauen wir uns erwerben sollen, auseinandergefallen ist und, wenn wir das Vertrauen der einen Hälfte erwerben, auf die allein die „Freiheit“ hinschielt, wir das der andern verlieren, das Vertrauen des internationalen revolutionären Proletariats, dessen Mittelpunkt Sowjet-Rußland ist. Aber dessen Vertrauen will die „Freiheit“ auch gar nicht. Nicht mit einem Worte erwähnt sie auch nur Moskau! Ihre Hoffnung adressiert sie vielmehr in erster Linie an die — noch völlig im parlamentarisch-demokratischen Fahrwasser segelnde — britische und in zweiter Linie an die französische Mischmaschpartei. Angeblich steht — laut Hilferdings Illusion — der ausschlaggebende Einfluß der britischen Arbeiter im nächsten Parlament schon heute fest. Ich will mit Hilferding weder über die Haltlosigkeit dieser törichten Prophezeiung noch über die Wertschätzung des britischen Parlaments streiten. Seine weltfremden rosigen Träume zerflattern vor dem klaren Wort, das Churchill kürzlich unter dem Beifall fast des ganzen Parlaments sprach: Wird Deutschland bolschewistisch, so bekommt England keinen Penny von ihm. Daher schützt die Entente notgedrungen die deutsche „demokratische“ Republik

Nach Zeile 5 Seite 18 zu lesen.

Sein teils konfuses teils gegenrevolutionäres Spiel treibt Hilferding sofort weiter nach Aufhebung des Verbots der „Freiheit". In der *Auslieferungsfrage* bricht er eine Lanze — für die Ludendorffs. Als ihr Ritter beschützt er sie, zusammen mit dem Grafen Reventlow und dem „Vorwärts", vor der Auslieferung an die feindlichen Gerichte. Er fordert, daß die Kumpane Marlohs und Kessels nicht vor feindliche, sondern vor „unparteiische" Gerichte gestellt werden — um der „Gerechtigkeit" willen!

In der Tat, die Revolutionäre und Proletarier werden zwar im Namen der Gerechtigkeit von der Bourgeoisie den feindlichen Gerichten des Klassenstaats überantwortet — was sage ich, den Gerichten? Nein, gleich ihren Henkern. Aber die Reaktionäre, ja, diese Henker selbst haben Anspruch darauf, nur vor „ihre", vor die unparteiischen Gerichte des Klassenstaats zu kommen. So verlangt es die Hilferdingsche Gerechtigkeit und seine Vertragstreue. Er vergißt, daß er und der Parteivorstand (der natürlich auch jetzt wieder hinter ihm steht) es gerade waren, die zusammen mit dem ~~Gesetzesmacher Erzberger~~ zur sklavischen Unterwerfung unter den Friedensvertrag drängten.

Die Ausrede Noskes, er sei ohnmächtig, die 900 Auszuliefernden zu verhaften — gilt sie auch für die „Freiheit"? Wie, wenn die Entente 900 Spartakisten anforderte? Gewiß sähen wir dann die gleiche Ohnmacht Noskes und — die gleiche *Einmütigkeit* des deutschen Volkes von Ludendorff bis Theodor Wolf und Hilferding, eine Einmütigkeit, die von der gesamten Reaktion gefeiert wird unter Berufung auf die „Freiheit".

Wir, die wir die Gegner der von Hilferding-Kautsky und Haase empfohlenen Entente-Sklaverei und der davon unzertrennlichen Gegenrevolution sind, die wir ein Trutzbündnis mit Rußland wollen, unter Aufrufung aller revolutionären Proletariate: wir würden weder an die Entente noch an „unparteiische" Gerichte der Bourgeoisie ausliefern, sondern die Ludendorffs wie die Scheidemänner aburteilen lassen durch Revolutions-Tribunale, unblutig aber gerecht. Dies würde natürlich eine ganz andere Situation voraussetzen, als die von Hilferding und den Seinen mitgeschaffene Lage, der sie jetzt durch noch *engeren* Anschluß an die Reaktion auszuweichen versuchen.

Und hört man sie noch pathetisch den Ententekapitalisten „die wirtschaftliche *Solidarität* aller Völker" predigen, die jene trotz aller Hartherzigkeit doch endlich „begreifen müssen", so begreift man und begreift hoffentlich nun endlich auch das deutsche Proletariat, daß die Hilferding u. Gen. in diesem gefährlichen imperialistischen Rummel die Rolle der *Marionetten* der *Gegenrevolution* spielen, die die Tricks der eigentlichen Akteure verdecken.

Lies: ——————————— Geschäftemacher Erzberger.

als ihren Gerichtsvollzieher. **Diese** Republik wird auch von Hilferding und seinen Leuten mit Nägeln und Zähnen verteidigt, wie er jetzt noch proklamierte. *So haben sie gleiches Interesse: die Entente, die Eberts und — die „Freiheit"!* Auch jetzt noch wendet sie sich unverändert dem parlamentarisch-demokratischen, vom Ententekapitalismus beherrschten Westen **zu**, von dem revolutionären, proletarischen Osten aber **ab**! Und da sollen wir glauben, daß diese Richtung ehrlich Moskau die Hand reichen will?

Noch einen Schritt weiter, *gleichfalls nach und trotz dem Leipziger Parteitag,* traut sich *Breitscheid,* der Herausgeber des „Sozialist" und — neben Kautsky — Hauptmitarbeiter der „Freiheit". Auch er betreibt die „Völkerversöhnung", aber bereits gemeinschaftlich in öffentlicher Kundgebung mit den Bürgerlichen, besonders dem Chefredakteur der *Morgenpost.* Eine gemeinsame Beilage „Völkerversöhnung" könnten beide Zeitungen also jetzt schon einheitlich herausgeben! *Diese* Einheitsfront reicht sogar bis zu Rösicke (Bund der Landwirte), mit dem gemeinsam — wie mit vielen andern Vertretern der Bourgeoisie — auch ein Parteigenosse den bekannten Aufruf *gegen den Bolschewismus* unterzeichnet hat, ein Mitglied jener offiziellen Parteikommissionen, deren Arbeiten Hilferding und Ledebour jetzt für den Entwurf eines Parteiprogramms verwerten wollen.

Durch alle Maskierung hindurch schaut eben immer wieder das alte Gesicht. Im Ernste ist es ja auch undenkbar, daß Kautskyaner über Nacht Moskauer werden könnten. Dies zu verlangen, wäre unbillig. Was wir aber verlangen können, ist **Ehrlichkeit** und **Konsequenz** der Führer. Warum bleiben Hilferding, Hertz usw. immer noch kleben auf den Redaktionsstühlen? Warum machen sie und die Crispien, Dittmann usw. im Laufe weniger Wochen derartige Schwenkungen und Bocksprünge?

Das Tollste an Verschleierung leisteten sich Crispien und Dittmann auf dem Verbandstag Berlin-Brandenburg, als sie für ihren Freund Hilferding und gegen das Mißtrauensvotum kämpften. Dittmann nannte Hilferdings Artikel gegen die Revolution eine „Tat". (Um nicht mißverstanden zu werden: ich räume selbstverständlich Hilferding und Dittmann wie jedem Genossen

das Recht ein, gegen die Revolution und für die Evolution zu schreiben. Nur darf man sich dann nicht auf den Boden des Leipziger Parteitags, den Boden der 3. Internationale, stellen!) Und Crispien gar meinte, das Recht auf „Meinungsfreiheit" müßte geschützt werden. Was für ein schamloser Trick! Als ob jemand diesen Schriftstellern verwehren will, ihre Meinung zu äußern. Um ganz anderes handelt es sich: ob gerade sie, die Kautskyaner, und *nur sie,* dazu auserwählt werden sollen, ein offizielles Parteiorgan zu beherrschen! Und dabei weiß die Masse der Parteigenossen nicht einmal, in welch absolutistischer Weise, unterstützt von dem Parteiapparat, die Hilferding u. Ko. diese Herrschaft ausüben. Der Aufsichtsrat der „Freiheit", der Form nach seine Kontrollinstanz, beugt selbst sich seinem Diktat und findet — ebenso die gesamte Parteibureaukratie — sein vor- und nachmittägliches Hin- und Herschaukeln zwischen Genf und Moskau für durchaus in der Ordnung.

Welche Verklitterung hier verborgen liegt, zeigt blitzartig der Fall *Eichhorn.* Am selben Weihnachtsabend, an dem die Leichen der revolutionären Matrosen im Marstall liegen, läßt Eichhorn sich — wofür? — reich beschenken von einem Sklarz, den Scheidemann rühmt als seinen zuverlässigsten Freund und als den Geburtshelfer der Gegenrevolution, die zwei Wochen später siegte. Trotz der prachtvollen Sklarz-Pelze ist alles ruhig, so ruhig wie in einem Sumpf. Von einem Ausschluß-Verfahren hört man nichts. Im Gegenteil, Eichhorn wird jetzt noch parteiamtlich sogar zum Hauptredner für die Pressefreiheit bestimmt!

Die Frage der Führerschaft Hilferdings u. Gen. ist eng verkettet mit der Führerschaft unserer *Parlamentarier.* Der Boden, dem beide Führergruppen entsprossen sind, ist kleinliche Reformarbeit; ihr beider Ziel ist Partei-Regierung. Das bedeutet: oben in den Ministerien sitzen die Parteiführer, machen ein paar Reformen, lassen im übrigen den bürgerlichen Staat, wie er ist, und täuschen den Massen, deren Leben das alte bleibt, vor, sie hätten jetzt eine sozialistische und revolutionäre Regierung. Keiner von ihnen, weder von den Hilferdings noch von den Parlamentariern, zeigte in und nach der Revolution auch nur eine einzige Idee großzügigen Umsturzes und großzügigen Neuaufbaues. Liebknechts Forderung „Alle Macht den Arbeiterräten" behandelten

sie als ein leeres Schlagwort. Man kann ihnen daraus keinen persönlichen Vorwurf machen. Nach ihrer ganzen parlamentarischen Erziehung waren sie innerlich zu wirklich revolutionärem Handeln außerstande. Man wandelt nicht ungestraft jahrelang unter den Parlamentspalmen in teppichbelegten, vornehmen Sälen. Und selbst unsere radikalen Genossen Ad. Hoffmann und Rosenfeld usw. wußten noch kurz bevor sie ihre Ministerpalais verließen, keine andere Aufforderung an das Proletariat zu richten, wie die Scheidemänner und die übrige Reaktion: Arbeit, Ruhe, Ordnung — innerhalb des kapitalistischen Produktionssystems!

Alle diese Führer sehen wir in den entscheidenden Lagen stets *der Reaktion folgen.* So im November 1918 die um Haase, als das von Ebert gestützte Heereskommando die revolutionären Soldatenräte sabotierte, dann als es sich um die Fühlungnahme zum ††† bolschewistischen und ††† terroristischen Sowjet-Rußland handelte und schließlich als der Kampf sich klar zuspitzte zum Kampf um die konstituierende Nationalversammlung, d. h. um die Frage: Parlament oder Räte. Sie ließen sich, und zwar alle, von den Scheidemännern ins Schlepptau nehmen, blieben in der Regierung, gaben den historisch-gewaltigen Kampf für die Räte völlig, ohne Opposition, auf und entschieden sich für die Nationalversammlung.

Sie begnügen sich aber nicht einmal damit, der Reaktion zu *folgen. Sie gehen ihr geradezu voran,* Hilferding an der Spitze. Sie geben ihr — natürlich absichtslos — stets das richtige Stichwort, wenn sie in ihrem Spiel nicht mehr weiter kann. So die Verankerung der Räte in der Verfassung — wovon wir jetzt das Resultat sehen, das naturnotwendig kapitalistische Betriebsrätegesetz. So die ganz besonders sklavische und unrevolutionäre Art der Unterwerfung unter den „Frieden" des Entente-Kapitalismus, wodurch sie zugleich die ins Schwanken geratene kapitalistische Regierung Erzberger-Ebert stützte. So jetzt, wohlgemerkt nach Leipzig, das Hervorholen der schon ranzig gewordenen Kurpfuschersalbe der gleitenden Lohnskala. So die Einstellung auf das „Vertrauen der Welt" und so weiter. Diese ganze Politik der Führer, eine *Politik von Kleinbürgern,* ist — objektiv betrachtet — ganz unzweideutiger Verrat an der Revolution.

Ihr Verhalten zum *Betriebsrätegesetz* ist hierfür besonders lehrreich. Die Verankerung der Räte in der Verfassung konnte doch auf nichts anderes hinauslaufen als auf die Auslieferung dieser Forderung der Revolution an die Guillotine der bürgerlichen reaktionären Nationalversammlung. Hier zeigt sich auch in hellem Lichte, daß diese Reformisten — trotz ihres Geredes von dem Parlament nur als einer Agitationsbühne — in Wahrheit dem Parlamentarismus selbst völlig verfallen sind.

Auch die ganze Behandlung dieser eminent revolutionären Angelegenheit *jetzt* noch zeigt genau das gleiche Bild. Immer noch täuschen die Führer sich selbst und den Massen die Illusion vor, als könnten sie auf dem parlamentarischen Kasperle-Theater durch irgendwelche Reden oder Demonstrationen drinnen oder draußen ein positives Resultat erzielen! Immer noch fehlt die unerbittliche Erkenntnis, daß wirklich revolutionäre Betriebsräte nur *im großen, umfassenden Kampf gegen das Parlament selbst* erobert werden können; daß diese Eroberung bereits die erste Etappe auf dem Wege zur Eroberung der *ganzen* Macht bildet; daß ein solcher Kampf *vorbereitet* sein muß; daß erst in jedem einzelnen Betriebe — durch Referate in Betriebsversammlungen, durch gemeinverständliche Schriften, durch Belehrung von Mann zu Mann — die Arbeiter aufgeklärt werden müssen über die Bedeutung dieses Kampfes für die Produktion und für die Bezwingung des kapitalistischen Wirtschaftssystems; daß die Betriebe durch Neuwahlen revolutionärer Betriebsräte — unabhängig von dem Gesetz — in aktive Bewegung zu bringen waren und sind; daß diese gesamte Vorbereitung aber *nicht* anzuschließen ist an das Fortschreiten der *innerparlamentarischen* Verhandlungen der politischen Schieber, wofür die Arbeiter weder Interesse und Verständnis haben können noch zu haben brauchen; daß allenfalls erst der *Abschluß* des Gesetzes, alsdann der Versuch seiner praktischen Ein- und *Durchführung* und die hieran sich anschließenden Bewegungen die natürlichen Gelegenheiten bilden für das Vorwärtstreiben des Kampfes, Gelegenheiten, die nicht von den Führern arrangiert sind, sondern selbst aus den Massen emporwachsen. Wozu dann auch noch hinzukommen wird die zweifellos sich steigernde Verwirrung des kapitalistischen Systems und seiner immer unsinnigeren, märchenhaft unmöglichen Resultate,

die geradezu schreien nach Unterordnung der Produktion unter die Kontrolle revolutionärer Betriebsräte.

Wenn man aber statt dessen sehen muß, wie die Führerpolitik erst die Räte dem Parlament überantwortet, dann zu den Verhandlungen dieses Parlaments krampfhaft und nutzlos gestikuliert und schließlich in zweiffellos verfrühter Situation die Massen vor das Parlamentsgebäude führt und dann sie führerlos einem blutigen Kampfe überläßt, so gebietet Pflicht und Verantwortlichkeit jedem Parteimitgliede, seine Stimme zu erheben. Weil die Führer über das Wesen unsrer Regierung sich *keiner* Illusion mehr hingeben konnten, durften sie um so weniger derartige Massenaktionen ohne genaueste Leitung ins Werk setzen. Hatten sie bisher der Reaktion nur die Stichworte gegeben, so zeitigte jetzt ihre fahrige prinzipienlose Illusions- und Konfusionspolitik ein noch schlimmeres Resultat: sie machte den Noske-Lüttwitz das Geschenk *der passenden Gelegenheit* für den großen Schlag gegen das Proletariat. Ihre Untüchtigkeit verdecken sie durch das bekannte Geschrei. Sie gleichen dem Schäfer, der über den seine Schafe zerreißenden Wolf und über die Natur des Wolfes jammert, anstatt zu überlegen, wie *er* den Wolf zur Strecke bringt.

Kann im Entscheidungskampfe das Proletariat sich auf diese Führer verlassen? Niemand von allen, die man im Vertrauen fragt, bejaht es. Aber wir brauchen dennoch, heißt es, ihren Überblick. Haben wir andere?

Ich kenne keine. Männer, wie Lenin, Trotzky und Liebknecht sind Ausnahmen, gekennzeichnet durch absolut uneigennützige Hingabe an die Sache des Proletariats, unbestechliche Erkenntnis und stählerne Entschlossenheit. Aber weil wir solche Führer nicht haben, sich Kurpfuschern und unsicheren Kantonisten anvertrauen? Solche Führer kosten dem Proletariat tausend nutzlose blutige Opfer. Während sie die Massen an die Front schicken, fechten sie hinten ihre persönlichen Gegensätze aus und schwanken hin und her zwischen ihren parlamentarisch-kleinbürgerlichen Ideen und den Gedanken der Diktatur und des Terrorismus, zwischen Unterwerfung unter den Parlamentarismus und plötzlichen überstürzten Aktionen, *ohne jede Konsequenz, ja, ohne jeden strategischen Plan.* Ihnen gegenüber aber sehen wir eine Phalanx von Feinden, die trotz scheinbar tiefer Unterschiede

dennoch von Lüttwitz bis Heine, von Helfferich bis Noske geschlossen dasteht und ohne Schwanken und Bedenken ihr einheitliches Ziel verfolgt: Verteidigung des bürgerlichen Staates bis zum letzten Atemzuge der von ihnen bewaffneten und als ihre Lakaien besoldeten Proletarier. Es besteht daher trotz des inneren Bankrotts dieses Staates die Gefahr, daß durch unsere Führerpolitik die Massen vorzeitig ermüdet, verwirrt und abgekämpft werden.

Was soll nun aber geschehen? Die Antwort ist einfach, freilich so revolutionär, daß die Philister in der Partei den Kopf schütteln werden. *Die Massen müssen kämpfen lernen ohne Führer,* wohlverstanden ohne Führer im bisherigen Sinne.

Der Ruf nach Führern entstammt jahrtausendalter bürgerlicher Anschauung. Die unmündige Masse wollte, mußte geführt werden. Sie brauchte Helden, Könige, große Staatsmänner. Meistens waren sie, wie Friedrich II., Napoleon, Bismarck, die großen Schädlinge ihrer Völker. Zum Glück für die Völker neigt sich das Helden-Zeitalter seinem Ende zu. Die Heldenverehrung war und ist die Begleiterscheinung der *Unmündigkeit* des Volkes. Jetzt beginnt die große Masse selbst an die Stelle der Helden zu treten. Erst dann zeigt sie sich mündig, wenn sie die tüchtigen Kräfte in ihrer Mitte nicht mehr zu Führern macht, die sie über sich emporhebt, sondern nur zu ihren *Beauftragten.*

Eine Führerschaft in der bisherigen Weise trägt stets die doppelte Gefahr in sich: daß sie das Reifwerden der eigenen Energie der Masse unterbindet, und daß die Gegenrevolution ein leichteres Spiel hat. Die Revolution darf nicht nur auf wenige Augen gestellt sein; sie muß der Hydra gleichen, aus deren Rumpf unzählige neue Häupter an Stelle der abgehauenen emporzüngelten.

Stünde wirklich Sowjet-Rußland nur auf den Augen Lenins, so wäre es schlimm um die Zukunft der Rätedemokratie bestellt. So liegt die Sache aber keineswegs. Und daß auch Karl Liebknecht auf der Konferenz der kommunistischen Partei überstimmt wurde, ist bereits oben als Beweis der Mündigkeit gewürdigt worden, unabhängig davon, ob man seinen Standpunkt oder den der damaligen Mehrheit in der betreffenden Frage teilt.

Wir müssen und können auf zweierlei rechnen: 1. auf den

praktischen Sinn, den gesunden Menschenverstand der klassenbewußten Arbeiter, 2. ihre revolutionäre proletarische Empfindung. Sowohl in dem einen wie in dem andern sind sie den meisten zu Führern emporgehobenen Bonzen und Intellektuellen durchaus zum mindesten ebenbürtig. Wir werden im Entscheidungskampfe weit eher siegen durch die ordnende Leitung der — immer intensiver zu organisierenden — *revolutionären Betriebsräte und kommunalen Arbeiterräte* und ihrer Delegierten als durch die bisherige Führerschaft der Parlamentarier, Wissenschafter und Parteibureaukraten. Und je mehr die Räte sich entwöhnen, nach „oben“ zu schauen, je größeres Mißtrauen sie jenen entgegenbringen, um so stärker wird ihre innere Kraft sich entwickeln. Ihre Selbständigmachung wird erst der Partei ihre nunmehrige historische Aufgabe zuweisen: den Sturmtrupp des Proletariats zu schulen.

Können wir aber die *Sachkunde* der bisherigen Führer entbehren? Gerade hierüber herrscht eine ganz seltsame Unklarheit in den weitesten Schichten des Proletariats. Und zwar hervorgerufen durch die parlamentarische Ideologie! Da die Proletarier im allgemeinen nicht mit dem Mechanismus des Parlaments hantieren können, so gibt es immer noch viele, die Respekt vor den Parlamentskünstlern haben. Sie wissen nicht, daß nirgends so oberflächlich gearbeitet wird, wie dort. Daß das Parlament nicht eine Stätte ernster Arbeit ist, sondern ein Zwitter zwischen Theater und Börse. Selbst die wenigen Sachverständigen, die sich ab und zu in das Parlament verirren, wie z. B. der Lebensmittel-Sachverständige Wurm, können dort weniger schaffen, als ein revolutionärer Arbeiterrat nach Eroberung der Macht leisten wird. Die parlamentarischen Spezialisten sind schon jetzt völlig überflüssig. Die Zeit, in der sie nützlich waren, ist, wie ich schon oben darlegte, seit Beginn der Weltrevolution vorbei.

Gewiß brauchen die Räte später, *nach* der Eroberung der Macht, eine Unzahl sachkundiger Intellektueller, Industriekapitäne, Finanzkundige, Professoren der Statistik, Generäle usw. als Hilfskräfte. Auf allen Gebieten sind sie da auf die Bürgerlichen angewiesen. Denn nur ganz zufällig, ganz vereinzelt könnten sie in unserer Partei passende Kräfte finden. Aber alle diese Sachkundigen werden wir zur Verfügung haben, genau so wie Sowjet-Rußland

sie hat. Sie werden vorziehen, aufbauend mitzuhelfen, sich zu betätigen, anstatt wie närrische Kinder zu schmollen und — zu darben. Man denke nur an die Rote Armee! Diese wichtigste aller Neu-Organisationen. Wieviel Generäle oder Lehrer der Kriegswissenschaft hat die Partei? Sie werden uns dienen, so wie sie Trotzky dienen — unter der Kontrolle der Räte.

Den wenigen sozialistischen oder scheinsozialistischen Wissenschaftern irgendeine Sonderstellung zuzuweisen, liegt nicht der mindeste Grund vor. Eine solche würde nur wieder auf höhere *Autorität* über die Räte hinauslaufen. Wirklich organisatorische Kräfte aber werden, wie wir jetzt schon in Rußland sehen, ein reiches Betätigungsfeld finden, mögen sie nun aus dem oder jenem Lager stammen, mögen sie Männer der Wissenschaft oder der praktischen Arbeit sein. Hiernach wird sich also erst entscheiden, ob und wieweit unsere Kautskys und Hilferdings, unsere Crispiens und Dittmanns zu verwenden sind. —

Aus der folgenden Kritik des Revolutions- und des Aktions-Programms wird sich im einzelnen erweisen, mit welchen verwirrenden Schlagworten — entsprechend der Politik ihrer Verfasser — diese Programme arbeiten, anstatt ein sicheres Fundament zu legen.

Neben dieser notwendigen *kritischen* Arbeit, die übrigens auch manche hoffentlich fruchtbringende Idee enthält, unterbreite ich der Kritik der Parteigenossen *positive* Arbeit in dem „Entwurf eines Programms".

Zum Schluß möchte ich noch begründen, warum mir diese positive Arbeit nötig erschien neben dem Programm: *Was will der Spartakusbund?* Auch dies Programm zerfällt ebenso wie das Erfurter Programm — im Gegensatz zu meinem Entwurf — in zwei Teile. Der erste: eine leidenschaftliche Anklage gegen die Bourgeoisie, ein feuriger Aufruf zur Sklavenbefreiung. Der zweite: ein Komplex von Gegenwartsforderungen, deren große Mehrzahl indessen davon abhängt, daß die Macht bereits erobert *ist!* Andere Forderungen wiederum, wie die auf Einsetzung einer zentralen Streikkommission kommt nach der Eroberung der Macht gar nicht in Frage. Diese Unstimmigkeiten erklären sich dadurch, daß das Programm gleichsam nur in einer Kampfpause, mitten im hitzigsten Gefecht, verfaßt wurde.

Das Allerwichtigste, die Stellungnahme zu den Parlamenten und zur parlamentarischen Demokratie einerseits, zu der Räteorganisation andererseits wird mit wenigen Worten abgetan und der Weg zur Eroberung der Macht kaum gezeigt. So hinreißend auch der Appell zur Befreiung ist: er wird Widerklang finden nur bei den bereits aufgeklärten Proletariern. Die deutsche Arbeiterschaft aber, zumal jetzt nach den Mißerfolgen des ersten Ansturms, läßt sich in ihren breiten Massen weniger *entflammen* als *überzeugen.* Ein Programm in der *jetzigen* Situation muß sich daher nüchtern auseinandersetzen mit der alten Ideologie, in der nun einmal unsere Arbeiter sowohl wie viele unserer Theoretiker jahrzehntelang aufgewachsen sind. Ferner muß es die neue Idee des Rätesystems vor und nach der Eroberung der Macht auch dem einfachen Proletarier klarmachen und ihn hierdurch für diesen revolutionären Gedanken gewinnen.

Kritik des Revolutions-Programms.

I. Allgemeines.

Die Geburtsfehler und ihre zukünftige Vermeidung.

Das Programm der U.S.P.D. vom März 1919, das sich selbst als Revolutions-Programm bezeichnet, ist in Wahrheit ein unglückseliges Kompromiß, ein Zwitter, dessen Geburt schon daran krankte, daß in wenigen Tagen zwei ganz entgegengesetzte Richtungen um jeden Preis verkuppelt werden sollten — anstatt gerade umgekehrt Klarheit zu schaffen. Unmittelbar vor dem Parteitag hatte ich in der „Freiheit" vergeblich vor einem solchen Verfahren gewarnt, wie es Jahrzehnte hindurch auf den Parteitagen der S.P.D. üblich war.

Mit diesen üblen Methoden, die auf den parlamentarischen Gewohnheiten beruhen, muß jetzt endgültig gebrochen werden. Das Programm einer revolutionären Partei darf nicht eine Limonade sein, die von geschickten Mixtern aus den verschiedensten Bestandteilen mundgerecht zusammengebraut wird.

Die Partei muß endlich sich zu einer *Entscheidung* entschließen. Entweder parlamentarische Demokratie oder Rätedemokratie. Kautsky *und* Lenin ist ein Unding. Es gibt hier nur ein Entweder — oder. Kein ehrlicher Mann darf sich mehr dazu hergeben, die Entscheidung zu vertuschen, wie dies im März geschehen ist.

Wohl kann in Frage kommen, ob bereits der Leipziger Parteitag von sich aus die Entscheidung treffen darf. Er dürfte es, wenn die Urwähler sich bereits entschieden und gemäß ihrer Entscheidung die Parteitags-Delegierten ausgewählt hätten. Da indessen ein neuer Programm-Entwurf überhaupt noch nicht vor-

gelegen hat, der die Grundlage der Erörterung und Entscheidung bilden könnte, so ist eine prinzipienklare Stellungnahme der Mitglieder bisher nicht erfolgt.

Wir müssen daher fordern, daß sowohl der vorliegende, im Auftrage der politischen Kommission des Aktionsrats Charlottenburg ausgearbeitete Programm-Entwurf, wie auch alle sonst noch gedruckten Entwürfe zunächst in den Aktionsräten, den Zahlabenden und den Mitgliederversammlungen sowie in der Presse kritisiert werden. Erst ein so vorbereiteter Parteitag hätte das Recht, die endgültige Fassung zu beschließen.

Der Zweck des Programms.

Solange man sich über den Zweck des Programms nicht klar ist, muß man naturgemäß schon von vornherein über den Inhalt und die Form des Programms streiten. Der Zweck ist m. E. der: 1. die *Ziele* der Partei scharf zu umgrenzen und grundsätzliche Klarheit über sie wie über die *Kampfmittel,* die Taktik, bis zur Endaktion zu schaffen; 2. das *Hauptwerbemittel* zu sein. Es muß daher auch die wesentlichsten Schlagworte, mittels deren die Reaktionäre und ihre national-sozialistischen Helfer die Massen verwirren, entwirren und widerlegen, wie z. B. die Schlagworte Einigung, Aufbau usw.

Diesen Ansprüchen wird das Märzprogramm zweifellos nicht gerecht. Es ist nicht viel mehr als eine Resolution, genauer: die Zusammenstoppelung zweier entgegengesetzter Resolutionen.

Wieweit der hier von mir vorgelegte Entwurf diesen Ansprüchen genügt, wird die Kritik lehren. Er fußt aber auf einer in sich geschlossenen, logisch durchgeführten Grundanschauung, auf der Lehre von Marx und Engels in ihrer ursprünglichen reinen Form, wie sie von ihrem größten Schüler, Lenin, gegenüber den Trübungen Kautskys wiederhergestellt ist.

Die nächsten Forderungen.

Das Märzprogramm zerfällt in zwei Teile, einen allgemeinen und einen „die nächsten Forderungen“ enthaltenden. Hierfür maßgebend war das Vorbild des Erfurter Programms, das bekanntlich von Kautsky redigiert worden ist.

Indessen ist die Frage zu erwägen, ob die Aufstellung solcher nächsten Forderungen nachahmenswert ist. Gerade das Erfurter Programm ist weit entfernt, hierzu zu verlocken, sondern nur geeignet, eine Warnung zu sein. Nicht zum wenigsten seinen „nächsten Forderungen" ist zuzuschreiben die Verbürgerlichung der Sozialdemokratie in allen Ländern, in denen das Programm befolgt wurde. Der *allgemeine* Teil des Erfurter Programms bildet zwar nur eine fast wörtliche Wiedergabe Marxscher Darlegungen, verschweigt aber die letzten Ergebnisse der Forschungen von Marx und Engels. Vor allem über die Form des proletarischen Staates und über die proletarische Revolution. (Hier kann nicht eingegangen werden auf die wenigen gelegentlichen, nur scheinbar entgegenstehenden Äußerungen der Genannten, auf die sich Kautsky als Advokat der Demokratie beruft.) Die *nächsten* Forderungen vollends sind großenteils die der liberalen Demokratie.

Das Märzprogramm vermeidet es, sich klar mit dem Erfurter Programm auseinanderzusetzen, sowohl mit dem allgemeinen Teil wie mit den nächsten Forderungen. Es wiederholt dagegen den Fehler der Spaltung in zwei Teile.

„Nächste" Forderungen können begrifflich nur solche sein, die noch vor Eroberung der ganzen Macht erfüllt werden sollen, also noch *innerhalb* des bürgerlichen Staates. Die Aufstellung solcher besonderen Forderungen kann leicht eine verwirrende und entrevolutionierende Wirkung haben. Es besteht die Gefahr, daß die Tagesarbeit sich auf diese Forderungen beschränkt.

Aber es ist nicht nur gefährlich, sondern auch unnötig, in einem Programm aus der Fülle der Tagesforderungen einzelne herauszugreifen. Bei unserer Mit- und Kleinarbeit innerhalb des kapitalistischen Labyrinths werden sich immer neue „nächste" Forderungen ergeben. Die Aufzählung einzelner ist überflüssig, zwecklos und unmethodisch, wie nachher noch im besonderen wird nachgewiesen werden. Worauf es vielmehr ankommt, ist die Aufstellung klarer *Richtlinien* für unsere Mitarbeit und für unsern Kampf innerhalb dieses Labyrinths. Hieran aber läßt das Märzprogramm es völlig fehlen.

Sowohl nach dem Erfurter wie nach dem „Revolutions"-Programm war und ist es möglich, daß Befürworter der parla-

mentarischen Demokratie, wie Kautsky und Hilferding, maßgebende Führer der Partei sind, ja, fast jedes, besonders das größte Organ der Partei, die „Freiheit“, ausschließlich von diesem rechten Flügel redigiert und beherrscht wird. Wie oben dargelegt, ist dieser herrschende rechte Flügel nur der linke Flügel der S.P.D. Beide wurzeln in der Demokratie. Beide halten diese für die Grundlage, auf der wir weiterarbeiten müssen, um von ihr in den sozialistischen Staat „hineinzuwachsen“. Kautsky erklärt ausdrücklich, Demokratie ist sehr wohl möglich ohne Sozialismus. Wir wollen dagegen diese unsozialistische Demokratie von Grund aus entwurzeln. Die Verschwommenheit des Revolutions-Programms kann nicht deutlicher gekennzeichnet werden als durch die Tatsache, daß es das Fortbestehen solcher Führerschaft ermöglicht und daß diese Demokraten sich ebenso wie ihre Gegner, die Anhänger des Rätesystems, aus das „Revolutions“-Programm stützen!

Die Ausführungen Breitscheids im „Sozialist“, uns trenne von der S.P.D. nur die Methode, nicht das Prinzip, trifft zu, jedoch eben nur für die um den „Sozialist“ und um die „Freiheit“. Die Herkunft der U.S.P.D. aus der S.P.D., als dessen „Abfallprodukt“, macht sich notwendigerweise immer noch geltend. Die Abgefallenen plätschern genau so behaglich im parlamentarischen Sumpf wie vordem — und wie die konservativen Sozialisten und die übrigen Reaktionäre. Sie sind innerlich auch völlig geeignet, sich wieder mit ihrem bisherigen rechten Flügel zu vereinigen, wenn dieser nur einige besonders tolpatschige Führer, wie Noske und Genossen, kaltstellen würde. Und je mehr Zufluß aus der S.P.D. kommt, um so schwieriger wird es für unsere Partei, ihr eigenes, neues Lebensprinzip zu behaupten, das ihr erst die innere Existenzberechtigung gibt.

Die Unfähigkeit der „sozialistischen“ Regierung und die verräterischen Dummheiten der sozialdemokratischen Häuptlinge führen unserer Partei große Scharen Unzufriedener zu, die nur im Sinne der jetzigen Demokratie radikal gesinnt sind. Eine ähnliche Entwicklung wie in der alten Sozialdemokratie. Damals versuchte Bebel auf dem Dresdner Parteitag, diese Mitläufer abzustoßen. Es war ein letztes vergebliches Rütteln des alten Löwen an den Gitterstäben des Käfigs, in dem ihn der Parlamen-

tarismus gefangen hielt. Er konnte die Entwicklung nicht hindern. Der 4. August 1914 fand die Sozialdemokratie bereits als „stinkende Leiche“ vor.

Dieselbe Entwicklung muß die U.S.P.D. nehmen, wenn auch sie weiter von den Anwälten der Demokratie sich gängeln läßt. Das Revolutions-Programm hätte demgegenüber den proletarischen Charakter der Partei festlegen müssen, um für die Zukunft den Einfluß der nur demokratischen Radikalen und ihrer bürgerlichen Mitläufer abzuwehren. Denn in dem Augenblick, wo es gelten würde, mit der Diktatur des Proletariats wirklich Ernst zu machen, würden alle diese demokratischen Elemente ihr in den Rücken fallen. Es ist daher vorzuziehen, daß sie unsere Gegner sind, als daß sie mitten in unserm Lager uns bekämpfen und unsere Kräfte zermürben.

Nur ein ganz klares, ganz entschiedenes, ganz revolutionäres Programm kann die Partei zu dem Magneten machen, der alle klassenbewußten Teile des Proletariats anzieht und auf diese Weise die notwendige *Einigung ohne Kompromiß* zustande bringt. Nach dieser Richtung versagt das Revolutions-Programm vollkommen.

II. Kritik des Programms im einzelnen.

Die Revolution und die Rechtssozialisten.

Die einleitende Darlegung des Programms über die November-Revolution wird dem wahren Charakter der letzteren nicht gerecht. Über diesen Charakter sind auch heute weite Parteikreise noch nicht im klaren. So halten viele diese Revolution nur für ein „Revolutiönchen“. Die geschichtliche Bedeutung der Revolution ist in meinem Entwurf klargelegt. Diese Klarlegung ist auf jeden Fall nötig zwecks vollen Verständnisses der gegenwärtigen politischen Bestrebungen.

Ebenso unklar ist das Märzprogramm, soweit es sich über die Führer der Rechtssozialisten ausspricht. Das Programm wird hier nicht der Tatsache gerecht, daß es sich im Kern nicht handelt um Persönlichkeiten, sondern um eine sachliche Entwicklung.

Ebensowenig genügt der bloße Hinweis auf das „Gaukelspiel“ der Sozialisierung. Vielmehr mußte der innere Gegensatz

zwischen der verbürgerlichten regierenden Sozialdemokratie und dem revolutionären Proletariat klargestellt werden. Allerdings konnte diese Klarstellung aus dem inneren Grunde nicht erfolgen, weil die herrschende Richtung unserer Partei gleichfalls auf dem Standpunkt der Demokratie steht. — In dem Entwurf ist diese Klarstellung ausführlich erfolgt.

Partei- und Räte-System.

Was das Programm über das Räte-System sagt, ist zu allgemein phraseologisch gehalten. Es gibt kein plastisches Bild vom Wesen der Räte-Organisation. Daher kommt es, daß auch der rechte Flügel sich „auf den Boden des Räte-Systems" gestellt hat. Dies ist zu einer *Phrase* geworden, ähnlich wie im November 1919 sich das gesamte reaktionäre Bürgertum „hinter die Regierung Ebert-Haase" stellte. So stellen sich jetzt alle, alle in der Partei auf diesen Boden. Die Klärung der doch unzweifelhaft vorhandenen Gegensätze wird durch dies Kautschuk-Verfahren unmöglich gemacht.

Auch das Verhältnis zwischen dem Räte- und dem Partei-System bedurfte einer Klärung. Die Geschichte der Rätekongresse, des Zentral- und des Vollzugsrats beweist, daß im entscheidenden Moment die Harmonie der bisherigen Räte-Organisation stets gesprengt wird durch die nichtrevolutionären Elemente. Der Begriff der *überparteilichen* Räte-Organisation bedarf daher der Klärung dahin, daß nur eine revolutionäre, d. h. ständig im revolutionären Geiste handelnde und dem Ziel des Umsturzes zustrebende Räte-Organisation in Frage kommen kann.

Es ist ferner der Unterschied klarzumachen zwischen der gegenwärtigen Kampforganisation der Räte *bis* zur Eroberung der Macht und der *späteren* Räte-Organisation, die eine weniger politische und mehr verwaltende Organisation sein wird.

Die Diktatur des Proletariats erscheint im Programm als eine tönende Phrase, zumal noch der entschuldigende und verwirrende Zusatz gemacht ist, daß das Proletariat die große „Volks-Mehrheit" vertrete. Dagegen hätte der gegenwärtigen Diktatur der Bourgeoisie die des Proletariats plastisch entgegengestellt werden müssen.

Nach dem sogenannten Revolutions-Programm müßten wir offenbar warten, bis wir die große „Volks-Mehrheit" gewinnen, während es tatsächlich genügt, daß die große Mehrheit des Proletariats für die Revolution reif gemacht wird. Die große Mehrheit des Proletariats ist aber keineswegs gleichbedeutend mit der großen Mehrheit des Volkes.

Die Kampfmittel.

Die Mittel des revolutionären Kampfes sind im Programm weder erschöpfend noch klar dargelegt. Gerade dies aber muß einen Hauptteil eines Programms bilden. Das Programm enthält hierüber nur die einzige Redewendung, daß sich die Partei aller politischen und wirtschaftlichen Kampfmittel, einschließlich der Parlamente, bedient, sowie daß sie planlose Gewalttätigkeiten verwirft. Es fehlt jede scharf ausgesprochene Stellungnahme zu den einzelnen Kampfmitteln, wie Streiks, Aktionen usw. Gerade hierüber fehlt es in der Partei an Klarheit. Insbesondere läßt auch der Ausdruck „planlose" Gewalttätigkeiten verschiedene Deutungen zu. Diese Zweideutigkeit ist anscheinend eine gewollte.

Überhaupt keine Stellung nimmt das Programm zu der Frage der Notwendigkeit des revolutionären Endkampfes, obwohl auch hierüber zweifellos in den breiten Schichten volle Klarheit geschaffen werden muß.

Der Parlamentarismus.

Zu der augenblicklich drängendsten und wichtigsten Frage, ob wir uns an den Parlamenten so wie bisher beteiligen sollen, nimmt das Programm keine klare Stellung. Es sagt nur, daß wir uns des Parlaments bedienen sollen. Diese lakonische Kürze genügt zweifellos nicht in einer Frage, die alle Geister bewegt. Sie bedeutet vielmehr geradezu ein Ausweichen. Im Entwurf dagegen ist klare Stellung genommen.

Die nächsten Forderungen.

Was im allgemeinen über die Aufstellung nächster Forderungen in einem Revolutions-Programm zu sagen ist, ist bereits oben ausgeführt. Hier soll aber im einzelnen noch auf diesen zweiten Teil des Programms eingegangen werden.

1. *Einordnung des Räte-Systems in die Verfassung.* Dies bedeutet einen Verrat an dem revolutionären Geist. Die Verfassung ist die des bürgerlich-kapitalistischen Staates. Die Einordnung in sie bedeutet soviel wie Vermischung von Feuer und Wasser. Diese „nächste" Forderung beruht auf den Rezepten Hilferdings, Breitscheids und sogar damals auch Richard Müllers, die vor dem Parteitag in einer Anzahl von Aufsätzen in der „Freiheit" und im „Sozialist" empfohlen wurden. Diese Konfusion, wonach die Demokratie mit dem Räte-System zu einem Wechselbalg verbunden werden sollten, hatte ich bereits *vor* dem Parteitag in der „Freiheit" ohne Erfolg bekämpft.

Eine andere Frage ist es, ob wir uns jetzt beteiligen sollen an den von den Lakaien der Kapitalisten eingerichteten Betriebsräten. Dies ist eine Frage der Taktik. Von der endgültigen Gestaltung des Gesetzes, auf die wir keinen Einfluß haben, wird es abhängen, ob wir praktisch richtig handeln, auch an den Betriebsräten teilzunehmen — mit dem Ziel der Revolutionierung, d. h. die Betriebsräte mit Revolutionären zu besetzen, oder ob wir statt der gesetzlichen B.-R. *nur* die revolutionären fördern. Ich bin entschieden für das letztere.

2. *Die Auflösung des Heeres* und Bildung einer *Roten Armee* ist zweifellos eine Parteiforderung. Indessen fällt ihre Erfüllung bereits zusammen mit der Aufrichtung der proletarischen Diktatur. Ihre besondere Hervorhebung ist nicht geboten, zumal im gegenwärtigen kapitalistischen Staat an ihre Erfüllung nicht zu denken ist, sondern nur an ihre Vorbereitung!

3. *Die Vergesellschaftung* der kapitalistischen Unternehmungen ist natürlich gleichfalls eine unserer Forderungen. Die Einreihung unter die „nächsten" Forderungen aber ist völlig unmethodisch.

Es ist die Hauptforderung und Grundlage bereits des Erfurter Programms.

Wird sie als nächste Forderung unter die anderen eingereiht, so muß dies irreführen, als ob in dem jetzigen kapitalistischen System bereits „sofort", wie es ausdrücklich im Programm heißt, eine Vergesellschaftung überhaupt möglich wäre!

Dagegen ist offenbar nur gedacht an eine Überführung der privaten Unternehmungen in Staats- und Gemeindebetriebe. Dies

bedeutet aber nur *Staatskapitalismus* (oder Gemeindekapitalismus). Eine wirklich ausbeutungslose gesellschaftliche Produktion ist erst möglich *nach* Niederwerfung des kapitalistischen Systems. — Hierbei muß auch hingewiesen werden auf das verwirrende Spiel mit dem Begriff „Produktion". Die gesellschaftliche Produktion ist eine ganz andere als die kapitalistische.

Wohl aber hätte das Programm Stellung nehmen müssen zu der Frage des Staatskapitalismus. Dieser wird in der Partei vielfach irrigerweise als ein Umweg hingestellt. Die bisherigen schlimmen Erfahrungen, die die Arbeiter mit dem Staatskapitalismus gemacht haben, werden gleichfalls oft gegen die Förderung der staatskapitalistischen Bestrebungen verwandt. Dieser Frage muß daher ein Parteiprogramm offen ins Gesicht schauen.

Ebenso muß Stellung genommen werden zu der Frage der Betriebsorganisation und der Gewerkschaften. Wenn auch gerade hier die Entwicklung sich in besonders reißendem Flusse befindet, so muß die Partei doch sich bemühen, ihr von einem grundsätzlich klaren Standpunkt aus die Richtung zu geben. Schlimm wäre eine neue Organisationsmeierei, die den Deutschen im Blut steckt.

4. *Wahl der Behörden* durch das Volk. Auch hier fehlt die Grundsätzlichkeit. *Volk* bedeutet bürgerliche Demokratie. Diese Forderung ist daher auch im Erfurter Programm unter den nächsten Forderungen aufgestellt und hierher übernommen. Das Rätesystem dagegen fordert Wahl durch die *Proletarier.* „*Behörden*" sind ferner Organe, die über dem Volke stehen. Wir verwerfen sie schlechthin.

Von einer „nächsten" Forderung, also einer innerhalb des bürgerlichen Staates alsbald zu erfüllenden, kann hier erst recht keine Rede sein. Denn die Verfassung, die nicht einmal durch Stimmenmehrheit mehr abgeändert werden kann, hat diese Forderung erledigt — bis zum vollständigen Siege des Proletariats.

5. *Die Steuerpolitik* ist ohne weiteres durch den proletarischen Charakter der Partei gegeben.

Die Annullierung der *Kriegsanleihen* aber ist eine dilettantische Forderung Breitscheids. Entweder werden sämtliche Staatsanleihen, einschl. der jetzigen Spar- und Prämienanleihen, oder keine annulliert. Die Kriegsanleihen bilden nur ein Glied des

kapitalistischen Systems. Sie sind auch vielfach schon von den ursprünglichen Zeichnern in dritte Hand weitergegeben. Es ist absurd, aus dem Gebäude der Staatsfinanzen gerade diesen einen Stein herauszunehmen.

6. u. 7. *Soziale Gesetzgebung,* Trennung von Kirche und Staat sind gleichfalls bereits Forderungen des Erfurter Programms und der radikalen bürgerlichen Demokratie.

Wenn aber schon einmal spezifizierte Forderungen solcher Art im Revolutions-Programm aufgestellt werden: welchen Sinn hat es, Sicherstellung der Existenz just für die Kriegerwitwen und für die Verletzten zu fordern? Warum wird dann nicht überhaupt die Sicherstellung der Existenz für *alle* Arbeitsunfähigen gefordert?

8. *Kommunalisierung des Inseratenwesens* steht ganz zusammenhanglos als besonderer Punkt da, während sich diese Forderung einfach einreihen würde in die Vergesellschaftung der kapitalistischen Unternehmungen (Nr. 3).

9. *Internationale Beziehungen.* Dieser Teil des Programms enthält ein prinzipienloses Sammelsurium der verschiedenartigsten Forderungen.

Wir sollen freundschaftliche Beziehungen herstellen zu allen Nationen. Das Revolutions-Programm sagt nichts davon, daß die Nationen in ihrem jetzigen System zerfallen in die Klassen (oder im bildlichen Sinne in die Nationen) der Ausbeuter und der Ausgebeuteten. Sollen wir freundschaftliche Beziehungen anknüpfen mit dem kapitalistischen Bund der „Nationen“? Sollen wir dem Block der Nationen beitreten, durch den die Sowjet-Republik zertrümmert werden soll?

Wie kann ferner letztere in einem Atem genannt werden mit den Polen? Mit beiden sollen wir „diplomatische“ Beziehungen aufnehmen. Atmet diese kalte Forderung auch nur einen Hauch der revolutionären Glut, mit der wir unsere russischen Genossen in ihrem titanenhaften Kampfe gegen die goldene Internationale unterstützen müssen?

Wiederherstellung der Arbeiter-Internationale wird im Zusammenhange mit den *diplomatischen* Beziehungen erwähnt! Keine Spur von der tiefen Kluft! Und ängstlich wird der Ent-

scheidung ausgewichen, *welcher* der beiden Internationalen wir uns anschließen sollen.

Noch vor wenigen Wochen versuchten Hilferding, der Leiter der „Freiheit", und Crispien, der Leiter der Partei, mit Hilfe von Kautsky, dem leitenden Geist der 2. Internationale, uns nach *Genf* zu ziehen, unter der Illusion, wir würden dort den Ausschluß der Rechtssozialisten herbeiführen. Wäre diese Illusion unserer Demokraten sogar Wirklichkeit geworden, so hätten die Franzosen, Engländer usw. unsere Scheidemänner doch nur auf Grund ihrer beleidigten *nationalistischen* Gefühle ausgeschlossen. Und mit diesen in der 2. Internationale vereinigten Nationalsozialisten, Demokraten und Mischmaschparteien sollen wir zusammengehen. An Stelle der S.P.D. sollen *wir* in dem Sumpf der 2. sitzen! So wünschen es Crispien, Hilferding und Kautsky.

Nachdem inzwischen sich hiergegen ein Sturm in den Massen erhoben hat, scheinen die Führer die 2. Internationale leise in die Versenkung fallen zu lassen. Ihre selbstverständliche Abneigung gegen eine Verbindung mit Moskau tritt jetzt in einem *neuen* Gewande auf: Eine 4. Internationale soll gegründet werden! Nur nicht Moskau! Davor haben unsere parteigenössischen Demokraten einen ähnlichen Schauder wie die bürgerlichen Demokraten.

Wer auf dem Boden meines Entwurfes steht, kann auch hier nicht schwanken. Ganz gleichgültig ist hierbei die Frage, ob die Sowjet-Republik, die das vom Zarismus und vom Weltkrieg zertrümmerte Rußland wiederaufzubauen beginnt, sich halten wird gegen den Ansturm des internationalen Kapitalismus und der inneren Feinde. Das revolutionäre Proletariat darf nicht wie Wilhelm II. seine Politik einrichten je nach den wechselnden äußeren Erfolgen seiner Verbündeten. Selbst ein erobertes Moskau bliebe die leuchtende Fackel der Weltrevolution.

Gleichgültig sind auch die Fehler der russischen *Praxis* (außer, daß wir aus ihnen zu lernen haben). Maßgeblich sind vor allem die *Ideen*. Lenin aber ist der wahre Verwalter des Marxschen Erbes.

Der Ideeninhalt der parlamentarischen Generation, die die Partei bisher leitete, ist zu einem erheblichen Teile überlebt. Die

einzelnen schöpferischen und agitatorischen Kräfte dieser Generation werden für das Parteileben weiter wertvoll sein, sofern sie sich den neuen, revolutionierenden Gedanken der Räteorganisation mit voller Empfangsbereitschaft und Hingebung aufschließen.

Kritik des Aktionsprogramms.

(Das Aktionsprogramm ist am Schlusse dieser Kritik abgedruckt.)

Wie sein Name sagt, soll das Aktionsprogramm nicht schon das ausführliche wissenschaftliche Parteiprogramm darstellen, sondern nur das Programm für die *Aktion*. Diese müßte es also knapp und klar aufweisen.

Aber schon äußerlich betrachtet, ermangelt es eines klaren, übersichtlichen *Grundrisses*. Dieser Mangel hat zur Folge, daß alles durcheinander geht und die Hauptpunkte wiederholt werden, daß ferner die verschiedenen Teile nicht proportional zueinander stehen.

Die *Einleitung*, die drei Absätze in Anspruch nimmt, bringt fast nur platte Allgemeinheiten. Besonders über die *Internationale*. Eine unnütze Wiederholung hiervon bringt der Schluß des Programms.

Im folgenden tritt die erschreckende Planlosigkeit des Programms noch schärfer hervor. Zunächst zwei Absätze, die von der *Eroberung der Macht* handeln. Ihnen folgt der Hauptteil, der von allem spricht, was *nach* der Eroberung der Macht, behufs ihrer Behauptung, zu geschehen hat — und dann plötzlich wiederum zwei Absätze über die Eroberung! Sie enthalten auch nur eine Wiederholung des bereits am Anfang über die Eroberung Gesagten.

In dem Hauptteil, der mit dem 6. Absatz beginnt, zeigt sich das gleiche groteske Hin und Her. Erst eine längere theoretische Darlegung über das künftige Rätesystem, dann gemäß dem Muster des Erfurter Programms 14 Einzelforderungen und hinterher *wieder* eine theoretische Darstellung des künftigen Rätesystems!

Dieser ganze Teil, der sich nur mit der Zukunft beschäftigt und schon wegen seiner Breite den Hauptteil bildet, hat mit unmittelbarer Gegenwarts-*Aktion* nichts zu tun. Er ist vielmehr der Extrakt eines theoretischen Programms. Seine unverhältnismäßige Breite dient lediglich dazu, *die Armseligkeit des restlichen kleinen Teils zu verdecken,* der über die Aktion handelt und den Hauptteil bilden müßte! Nur insoweit liegt System in dieser Systemlosigkeit.

Der äußeren Planlosigkeit entspricht die innere. Es fehlt das geistige Band, die klare Grundanschauung. Wer die „Einführende Kritik" gelesen hat, wird verstehen, weshalb es gar nicht anders sein kann. Ist doch der Verfasser Crispien, und Hilferding sein treuer Mitarbeiter.

„Der tiefste Sinn des Rätesystems," den das Aktionsprogramm angeblich aufdeckt, ist höchst flach dargestellt. Er läuft auf die Vorstellung hinaus, daß nunmehr die Arbeiter an Stelle der Bürger nur einen Parlaments-Ersatz durch den Rätekongreß bilden. Eine besondere Tiefe ist in diesem Gedanken nicht zu finden.

Die 14 Forderungen enthalten ein Ragout, ähnlich dem der nächsten Forderungen des Revolutionsprogramms. Fast alles, was in der Kritik des Revolutionsprogramms darüber gesagt ist, trifft auch hier zu. Nur einiges mag noch besonders bemerkt werden. In Nr. 10 wird Abschaffung der die Frau benachteiligenden Gesetze verlangt, in Nr. 11 ein kommunales Inseratenmonopol, in Nr. 12 Umgestaltung des gesamten öffentlichen Rechtswesens. Ist nicht Nr. 10 nur ein Teil von 12? Offenbar soll das sonstige Privatrecht — im Gegensatz zum öffentlichen Recht — bestehen bleiben, das gesamte Recht des Bürgerlichen Gesetzbuchs! Wenn gefordert wird, daß die Frau privatrechtlich dem Mann gleichgestellt werden soll, so wird damit ausdrücklich zugestanden, daß das den Mann betreffende bürgerliche Recht im allgemeinen bestehen bleiben soll. Die Idee, daß der proletarische Staat *alle* bürgerlichen Gesetze revidieren und die meisten aufheben muß, ist den Verfassern gar nicht gekommen.

Aber auch die anderen Forderungen lassen sämtlich erkennen, daß sie, selbst nach Eroberung der Macht, zurückscheuen vor wirklichem Umsturz. Ihre Steuerpolitik (Nr. 10) zeigt, daß

sie auch die größeren und größten *Vermögen* sowie das *Erbrecht* bestehen lassen wollen. Eine progressive Steuer, diese alte bürgerlich-demokratische Forderung, soll den völligen Umsturz verhüten — eine Versicherungsprämie, die der gefährdete Kapitalismus gern der Firma Hilferding u. Crispien zahlen wird. Etwas ganz anderes ist es, ob das siegreiche Proletariat gezwungen ist, in den ersten Übergangsjahren tatsächliche Konzessionen zu machen (die übrigens höchstwahrscheinlich in Deutschland infolge seiner größeren Reife weit geringer sein werden als in Rußland), oder ob schon von vornherein im Programm ein schwächlicher Reformismus verankert und gepredigt wird.

Besonders charakteristisch für den Geist der Verfasser ist die letzte der 14 Forderungen: Bündnisse mit *sozialistischen* Republiken und gleichzeitig Freundschaft mit — *allen* Völkern, der Entente und den anderen! „Das Vertrauen der Welt!" Diese bürgerlich-pazifistischen Träumer wollen nichts wissen von der Trennung der Völker in Klassen. Sie verständigen sich mit den „Völkern" über den Kopf ihrer kapitalistischen Regierungen. (Denn sie unterscheiden ja gerade die sozialistischen von den anderen und haben das Aktionsprogramm doch nicht für eine ganz ferne Zukunft beschließen lassen.) Aber wollen die Revolutionäre nicht auch diese Verständigung? Freilich, indessen nicht Freundschaft mit allen Völkern, sondern revolutionäre Aktionsgemeinschaft mit ihren klassenbewußten Proletariaten gegen die bürgerlichen Regierungen.

Wenden wir uns nun dem kleineren, aber wichtigeren Teile zu, der die Aktion selbst behandelt. Dieser Teil besteht überhaupt nur aus einem einzigen kleinen Absatz („Um dieses Ziel zu erreichen") — wenn man von der Wiederholung in Absatz 4 und 5 absieht. Nun ließe sich freilich auch trotz dieser auffälligen Kürze ein klares Bild von der Aktion zeichnen. Aber dies ist vermieden; ob der Grund hierfür Unfähigkeit oder Absicht ist, bleibt dahingestellt.

Die Partei bedient sich „planmäßig und systematisch gemeinsam mit den revolutionären Gewerkschaften und der proletarischen Räteorganisation aller politischen, parlamentarischen und wirtschaftlichen Kampfmittel". Da ist doch nun alles klar!

Ausdrücklich heißt es ja „planmäßig und systematisch“. Wahrlich, nur ein Krakehler kann hiergegen noch etwas vorbringen. Und so klein dieser Kern des Aktionsprogramms auch ist — er enthält doch alles: Gewerkschaften plus Räte plus alle Kampfmittel. Was will man eigentlich mehr?

Im Ernst gesprochen, sehen wir die gleiche nichtssagende Verschwommenheit, die im einzelnen oben beim Revolutionsprogramm an den Pranger gestellt werden mußte. Auch jenes stellte sich bereits auf den Boden des Rätesystems. Natürlich, *dies* System konnte schon längst nicht mehr, nicht einmal von Hilferding, totgeschwiegen werden. Es wird also einfach zu den bekannten Größen, Partei und Gewerkschaften, hinzuaddiert. Die Aufgabe ist damit gelöst. Aber so einfach sie diesen Rechnern dünkte, so verrieten sie doch, daß jene unbequeme Größe für sie ein X geblieben ist, dessen innerstes Wesen dem ihrigen fremd ist. Sonst hätten sie nicht diese ihnen so einfach dünkende Addition vornehmen, hätten nicht die Räteorganisation der Partei und den Gewerkschaften gleichstellen und gar fordern können, daß die Partei sich *gemeinsam mit den Räten* auch der *parlamentarischen* Kampfmittel bedient! Aber dieser Unsinn hört sich schön an, beinahe wirklich revolutionär.

So wie Partei, Gewerkschaften und Räte gleichgestellt werden, werden alle Kampfmittel einander gleichgestellt. *Dies ist des Pudels Kern.* Damit hüpfen die Verfasser mit einem Sprunge hinweg über die ernste Frage, die vornehmlich durch das Aktionsprogramm hätte gelöst werden müssen: ob das parlamentarische Kampfmittel *in der gleichen Art wie bisher* angewendet werden soll. Die ungeheuren Schäden der Versumpfung, besonders der Parlamentarier selbst, schreien nach Abwehr. Aber das Aktionsprogramm schweigt. *Dank diesem diplomatischen Schweigen* akzeptierten beide Richtungen das Programm: die Reformisten, weil sie als gewandte Praktiker merkten, daß im wesentlichen alles beim alten bleibt; und die Revolutionäre, weil für sie das Programm geschmückt ist gleich einem Diadem mit funkelnden Rubinen.

Auch *Däumig* und seine Anhänger schwiegen. Noch kurz vorher auf der Reichskonferenz hatten sie den Parlamentarismus bekriegt. Jetzt zogen sie nicht einmal vom Leder gegen seine

schauderhaften Auswüchse in der Partei. Däumig erklärte, daß er nichts besonderes hinzuzufügen habe und ging sogar in die Parteiregierung, deren geistige Häupter ein Hilferding und ein Crispien waren und blieben. Und im Leitartikel des „Arbeiterrat" erklärte sich Sievers, ein Führer der Neuköllner, Anhänger Däumigs und gleichfalls bisher absoluter Antiparlamentarier, mit dem Aktionsprogramm durchaus zufrieden!

Nicht *das* mache ich Däumig und seinen Anhängern zum Vorwurf, daß sie gegen die Beteiligung an den Wahlen nichts mehr einzuwenden haben. Die Frage, ob man in die Parlamente *hineingehen* will oder nicht, ist keine prinzipielle, sondern eine rein taktische, abhängig von den jeweiligen Zeitumständen. In der kurzen Zeit zwischen Reichskonferenz und Parteitag hat sich zwar kaum etwas geändert — immerhin. Aber die *Art der Anwendung* des parlamentarischen Kampfmittels, sie ist eine Frage des Prinzips. Hier erst, also nicht vor der Tür des Parlaments, sondern im Parlament selbst, tun sich die prinzipiellen Gegensätze zwischen den Reformisten und den Revolutionären auf. Diese Gegensätze habe ich bereits oben in der „Einführenden Kritik" dargelegt und will sie kurz zusammenfassen: Die Reformisten arbeiten intensiv an all dem reaktionären Kleinkram mit, werden in höchst überflüssiger Schulung Spezialisten und Sachverständige der parlamentarischen Flickerei und verlieren sich und ihren revolutionären Geist — wenn sie ihn je besessen haben — in dieser Arbeit. Die Revolutionäre dagegen benutzen, wenn sie es für taktisch richtig halten, in die Parlamente hineinzugehen, diese nur als Stützpunkt für ihre absolut *umstürzlerische* Arbeit, die die Parlamente selbst aus den Angeln heben will. Die Wurm und Cohn, die Henke und Zietz, die das kapitalistische Siedelungsgesetz einstimmig annahmen, die an der parlamentarischen Untersuchungskomödie teilnehmen, die sich abmühen, das reaktionäre sog. Betriebsräte-, in Wahrheit Kapitalschutz-Gesetz durch kleinliche Verbesserungsanträge zu verschönern, und die Regierung Bauer-Erzberger um ein Kommunalisierungsgesetz anflehen, sie sind doch nun einmal keine Liebknechts. Kein einziger von ihnen ist es; das wissen wir alle. Ja, noch nach dem Blutbad vom 13. Januar bittet unsre Fraktion durch Henke die Nationalversammlung, doch weiter zusammen-

zubleiben — zum Schutze gegen die kontrerevolutionären Umtriebe! Weiter können unsre Führer die Anerkennung des Parlaments und die Vertuschung seines Charakters als der Hauptstütze der Gegenrevolution schlechterdings nicht mehr treiben. Ein köstlicher Anblick, wie die Adler der Revolution Schutz vor der Gegenrevolution suchen unter den Flügeln dieser gackernden Henne der Erzberger und Noske!

Diese *Erkrankung des Parlamentarismus am reformistischen Krebs,* wie sie sich nun einmal hier historisch herausgebildet hat, ist in der U.S.P.D. genau die gleiche, wie in der S.P.D.—der Unterschied lag nur in ihrer Stellung zum Kriege, aber nicht im Wesen ihrer Methode. Sie alle *verhandeln,* während die Massen *handeln.* Däumig fand in Leipzig nicht den Mut, den Finger in das Geschwür zu legen. Er beteiligte sich an dem Kompromiß genau so wie im März auf dem Revolutionsparteitag oder vielmehr in noch weit kompromittierenderer Weise. Und das so zustandegekommene Aktionsprogramm wirft alles unterschiedslos und kritiklos in einen Topf zu einem großen Brei, die bisherigen parlamentarischen wie die wirtschaftlichen Kampfmittel, die Gewerkschaften und die Räte.

Was will da noch der eine Satz besagen: Das vornehmste und entscheidende Kampfmittel ist die *Aktion der Masse!* Dieser Satz soll jedenfalls den stolzen Namen Aktionsprogramm rechtfertigen. Neu ist er keineswegs. Auch das Revolutionsprogramm spricht bereits von dem *revolutionären Handeln der Arbeitermassen.* Worauf es aber ankam, war, zu sagen, *in welcher Gestalt* stellen wir uns diese Aktion vor? Und wie sollen wir sie propagieren? Aber auch darüber herrscht wieder das bekannte diplomatische Schweigen. Ohne diese genaue Darlegung bleibt es ein bloßes Schlagwort. Und nachdem er und Crispien (oder einer dieser beiden) es so den Massen hingeworfen hatte, machte sich Hilferding wenige Tage hinterher in der „Freiheit" lustig über dies Schlagwort. In einem Leitartikel über den Syndikalismus schrieb die „Freiheit", unter dem Begriff „Aktion der Masse" könnten wahrlich nicht viele Arbeiter sich etwas denken. Und das ist nun das Paradestück des Aktionsprogramms!

Was es dann noch kurz über die wichtige Frage der *Gewalt* sagt, leidet an derselben offenbar absichtlichen Unklarheit, wie

sie in der Kritik des Revolutionsprogramms gerügt ist. *Das Aktionsprogramm verwirft die Gewalt ausdrücklich* — aber in einer Weise, daß es eine Hintertür offenläßt, durch die sie wieder hineinschlüpft. Ganz wie Ledebour, der, obwohl gewiß ein ehrlicher Haudegen, viel zu sehr Parlamentarier und Idealist ist, um ohne Wenn und Aber sich rückhaltlos zum Bolschewismus zu bekennen. — Vielleicht braucht man in einem Parteiprogramm über die Methode der Gewalt *gar* nichts zu sagen! Diese *halben* Worte des Aktionsprogramms aber sind, wie alle seine übrigen, zu verurteilen.

Was das Programm über die *Internationale* sagt, zuerst in der Einleitung und dann in der Wiederholung am Schlusse, bedeutet wiederum schweigendes Hinweggehen über ein klares Bekenntnis. Moskau oder Genf? Diese Frage war auf aller Lippen. Grund genug für die Verfasser des Aktionsprogramms, die Frage in der Schwebe zu lassen und mit verschwommenen Phrasen abzutun, die sie weder auf Moskau noch auf Genf festlegten. In diesem Stadium des Parteitags durfte man sich die Wege noch nicht versperren. Ein klares, offenes Bekenntnis etwa für die revolutionäre Dritte Internationale? Um Gottes willen! Doch nicht in einem *Aktionsprogramm!*

Nun, nachher — in der Resolution — haben die Verfasser eine klare Absage der Partei an Genf doch nicht verhindern können. Und *diese Absage,* nicht das Aktionsprogramm hat den Leipziger Parteitag zu einer Etappe der Revolution gemacht.

Wohl aber haben die Verfasser andererseits durch ihr diplomatisches Geschick im Bunde mit Ledebour bewirkt, daß die Fahrt nach Moskau erst über Paris, London, Rom, Bern etc. gehen soll. Zeit gewonnen, alles gewonnen. Was kann nicht inzwischen alles sich ereignen! Vor allem kommt ja ein anderer Parteitag, der eine andere Resolution fassen kann. Er findet nicht eine *vollendete* Tatsache vor, wie es der direkte Anschluß an die 3. Internationale gewesen wäre. Das ist das Resultat der Führerpolitik. Und da gibt es noch Parteigenossen, die undankbarerweise nicht anerkennen wollen, was ihre Führer leisten.

Auch die britische Sozialistenpartei hat auf die Anfrage unsrer Parteileitung, ob sie sich an der Rundfahrt beteiligen wolle,

die einzig zutreffende Antwort gegeben: dieser Plan könne nur ausgeheckt sein von Leuten, die der *Gegenrevolution* dienen oder nicht den *Mut* haben, offen die Revolution durch mehr als bloßes Lippenbekenntnis zu fördern. Sie, die Engländer, hätten bereits den direkten Anschluß an Moskau gefunden. — So blamieren unsre Schwächlinge das deutsche Proletariat!

Wir haben gesehen, wie das Aktionsprogramm — durchtränkt von kleinbürgerlichem Reformismus — darauf angelegt ist, über die wirkliche Aktion so wenig wie möglich zu sagen und wie es gerade über die wesentlichsten Streitfragen, die die Partei erregten, teils mit unverbindlichen Phrasen, teils mit Schweigen hinweggeht.

Hiernach ist es fast selbstverständlich, daß es auch über das Brennendste und Wichtigste, *das Verhältnis zur S.P.D. und K.P.D.* kein einziges Wort sagt! Sowenig wie möglich sich festlegen in einer Urkunde, dies Abc der Diplomatie ist bis zur letzten Zeile befolgt. Man darf schelten, ja man muß es — aber keine *nicht mehr überbrückbare Kluft* schaffen! Man kann nie wissen, wie es kommt. In Sachsen kam zwar trotz der Unterstützung der „Freiheit“ das Bündnis mit der S.P.D. noch nicht zustande. Aber was hier und was Oscar Cohn noch kurz *vor* dem Parteitag in seiner Besprechung mit Scheidemann mißlang, kann einige Zeit *nachher* gelingen. So ist das Programm auch hier in dem, was es *nicht* sagt, ein Meisterstück.

Ebenso fein ist das Schweigen über die Kommunistische Partei. Sowohl in der Einleitung wie in dem Schluß wird wiederholt die U.S.P.D. allein als die Partei bezeichnet, deren das Proletariat als Führerin bedarf. Die Konkurrenzfirma wird totgeschwiegen. Crispien hat sie nachher sogar ausdrücklich für tot erklärt.

Gibt es aber wirklich nichts Höheres, als alles durch die *Brille der Partei* zu sehen? Steht nicht über der U.S.P.D. wie der K.P.D. das Proletariat? Und müssen wir nicht gerade das als unser allernächstes Ziel erstreben, daß wir diese beiden großen revolutionären Organisationen in Deuschland zusammenschweißen? Die Führer kümmern sich nicht um dies Ziel. Sie sind sogar meistens dagegen, nicht gerade aus persönlichen

Gründen, sondern weil jeder naturgemäß in „seine“ Schöpfung verliebt ist. Aber gegen die Führer, die auch hier wieder nur ein Hemmnis bilden, müssen die *Massen* die Einigung durchsetzen auf der Grundlage eines *revolutionären* Programms. Alle, die wirklich „unabhängig“ sich fühlen, müssen helfen, diesen Kampf durchzukämpfen.

Nachtrag.

Während der Drucklegung ist das Betriebsräte-Gesetz zum Abschluß gebracht. Die S. 35 aufgeworfene Frage ist hierdurch akut geworden. Anstatt erst die Massen in den Organisationen entscheiden zu lassen über die Beteiligung, hat die Parteileitung bereits (in Gemeinschaft mit der Hallenser „Zentrale“ und dem „Arbeiterrat“ von Däumig-Sievers die bestimmte Parole ausgegeben: Hinein in die Betriebsräte. Ein Artikel von mir hiergegen wurde abgelehnt. Die Regie von oben darf nicht gestört werden. Massenaktion!

Meine Gründe für die Beteiligung am *Wahlkampf* zwar, aber gegen die Beteiligung an den *Wahlen selbst* sind kurz folgende:

1. „Betriebsräte-Gesetz“ ist ein falsches Etikett. Es müßte heißen: *Kapitalschutzräte-Gesetz.* Dann würde kein klassenbewußter Arbeiter in diese Schutzräte hineingehen. Das Gesetz ist das erste der Kapitalschutz-Gesetze der bürgerlich-sozialistischen Regierung. Das kommende Schiedsgerichts- d. h. Streikverhinderungs-Gesetz und andere bilden seine Ergänzung.

2. Die prinzipielle, für die S.P.D. geradezu vernichtende Aufklärung des Proletariats über den Sinn dieser perfiden Gesetzgebung ist unmöglich, zum mindesten erschwert, wenn wir selbst in die Räte hineingehen, sie hiermit für eine doch *teil*weise brauchbare Waffe erklären und die Verantwortung für sie übernehmen.

3. Die Gelben werden dadurch, daß sie allein die Plätze einnehmen, den noch nicht Aufgeklärten allmählich den wirksamsten Anschauungsunterricht über den Wert dieser Gesetzgebung erteilen. Durch unsere Beteiligung aber berauben wir uns selbst dieser glänzenden Gelegenheit, die „Reform“-Arbeit ad absurdum zu führen.

4. Daß *diese* Räte zu Trägern der revolutionären Räteorganisation werden könnten, ist nur eine Illusion der Führer. Das Gesetz enthält nicht nur kein Fundament für die Zusammenfassung oder soziale Kontrolle der Produktion, sondern belegt sogar schon den Versuch hierzu — entgegen dem Betriebs- d. h. Profitzwecke des einzelnen Betriebsherrschers — mit entehrender Strafe. Die *geistige* Schulung dieser Betriebslakaien aber ist eine entrevolutionierende. Auch werden gerade die Revolutionäre diese Tätigkeit ablehnen und nur die Reformisten sie annehmen.



Aktionsprogramm.

Die proletarische Revolution hat zwei große Epochen: den Kampf um die Eroberung der politischen Macht und ihre Behauptung für die Übergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessengegensätze untereinander, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern gleich. Mit der Ausdehnung der kapitalistischen Weltwirtschaft wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse erfordert also den internationalen Zusammenschluß und den gemeinsamen Kampf der Arbeiter der ganzen Welt. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller Länder. Dem imperialistischen Kapitalismus setzt das klassenbewußte Proletariat aller Länder den internationalen Sozialismus entgegen.

Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat leitet die Befreiung der Arbeiterklasse ein. Zur Durchführung dieses Kampfes bedarf die Arbeiterklasse der Unabhängigen Sozialdemokratie, die rückhaltlos auf dem Boden des revolutionären Sozialismus steht, der Gewerkschaften, die sich zum unverfälschten proletarischen Klassenkampf bekennen und zu Kampforganisationen der sozialen Revolution umzugestalten sind, und des revolutionären Rätesystems, das die Arbeiter zum revolutionären Handeln zusammenfaßt.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei steht auf dem Boden des Rätesystems. Sie unterstützt alle Bestrebungen, die Räteorganisation schon vor der Eroberung der politischen Macht als proletarische Kampforganisation für den Sozialismus auszubauen und in ihr alle Hand- und Kopfarbeiter zusammenzufassen und sie zu schulen für die Diktatur des Proletariats.

Die politische Herrschaftsorganisation des kapitalistischen Staates wird mit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat zertrümmert. An ihre Stelle treten die politischen Arbeiterräte als

Herrschaftsorganisation des Proletariats. Sie vereinigen in sich Gesetzgebung und Verwaltung. Ihre Wirksamkeit bedeutet die Umwandlung und Neugestaltung des kapitalistischen staatlichen Verwaltungsapparates, einschließlich der Gemeinden; sie bedeutet aber auch die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Arbeiterklasse und ihren Zusammenschluß zwecks Abschaffung jeglicher Klassenherrschaft. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei setzt der Herrschaftsorganisation des kapitalistischen Staates die proletarische Herrschaftsorganisation auf der Grundlage des politischen Rätesystems entgegen, dem bürgerlichen Parlament, als dem Ausdruck des Machtwillens der Bourgeoisie, den revolutionären Rätekongreß. Die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie in die planmäßige sozialistische Wirtschaft erfolgt durch das wirtschaftliche Rätesystem.

Zur Überwindung des Kapitalismus und zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft sind folgende Maßnahmen zu treffen:

1. Die Auflösung jedes konterrevolutionären Söldnerheeres, Auflösung aller militärischen Zivil- und Polizeiformationen, Einwohnerwehren in Stadt und Land, Technischen Nothilfe, Polizeitruppen, Entwaffnung des Bürgertums und der Grundbesitzer. Errichtung einer revolutionären Wehr.

2. Umwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Die Vergesellschaftung ist unverzüglich durchzuführen auf den Gebieten des Bank- und Versicherungswesens, des Bergbaues und der Energieerzeugung — Kohle, Wasser, Kraft, Elektrizität —, der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion, des Transport- und Verkehrswesens, sowie anderer hochentwickelter Industrien.

3. Großgrundbesitz und große Forste sind sofort in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Die gesamten landwirtschaftlichen Betriebe sind durch Bereitstellung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel, durch Förderung der Genossenschaft zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen. Urbarmachung von Ödland.

4. In den Städten und vorwiegend industriellen Gemeinden ist das Privateigentum an Grund und Boden in Gemeindeeigentum zu überführen; ausreichende Wohnungen sind von den Gemeinden herzustellen.

5. Planmäßige Regelung des Ernährungswesens.

6. Vergesellschaftung des gesamten öffentlichen Gesundheitswesens.

7. Vergesellschaftung aller öffentlichen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen. Öffentliche Einheitsschule mit weltlichem Charakter. Die Schule ist nach sozialistisch-pädagogischen Grundsätzen auszugestalten, die Erziehung mit der materiellen Produktion zu verbinden.

8. Erklärung der Religion zur Privatsache. Völlige Trennung von Staat und Kirche. Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften zu privaten Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten selbständig ordnen.

9. Sozialistische Steuerpolitik, durch progressive Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen des Proletariats den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

10. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung dem Manne gegenüber benachteiligen.

11. Einführung eines öffentlich-rechtlichen Monopols für das Anzeige- und Werbewesen und Übertragung an die Kommunalverbände.

12. Umgestaltung des gesamten öffentlichen Rechtwesens nach sozialistischen Grundsätzen.

13. Arbeitspflicht für alle Arbeitsfähigen. Schutzmaßnahmen zur Erhaltung der Arbeitskraft.

14. Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern. Sofortige Anbahnung von Bündnissen mit sozialistischen Republiken.

Die Diktatur des Proletariats ist ein revolutionäres Mittel zur Beseitigung aller Klassen und Aufhebung jeder Klassenherrschaft, zur Erringung der sozialistischen Demokratie. Mit der Sicherung der sozialistischen Gesellschaft hört die Diktatur des Proletariats auf, und die sozialistische Demokratie kommt zur vollen Entfaltung.

Die Organisation der sozialistischen Gesellschaft erfolgt nach dem Rätesystem. In der sozialistischen Gesellschaft kommt auch das Rätesystem in seinem tiefsten Sinn zur höchsten Geltung. Der tiefste Sinn des Rätesystems ist, daß die Arbeiter, die Träger der Wirtschaft, die Erzeuger des gesellschaftlichen Reichtums, die Förderer der Kultur, auch die verantwortlichen Träger aller rechtlichen Einrichtungen und politischen Gewalten sein müssen.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei planmäßig und systematisch gemeinsam mit den revolutionären Gewerkschaften und der proletarischen Räteorganisation aller politischen, parlamentarischen und wirtschaftlichen Kampfmittel. Das vornehmste und entscheidende Kampfmittel ist die Aktion der Masse. Sie verwirft gewaltsames Vorgehen einzelner Gruppen und Personen. Ihr Ziel ist nicht die Vernichtung von Produktionsinstrumenten, sondern die Beseitigung des kapitalistischen Systems.

Die geschichtliche Aufgabe der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ist es, der Arbeiterbewegung Inhalt, Richtung und Ziel zu geben und dem revolutionären Proletariat in seinem Kampfe für den Sozialismus Führerin und Bannerträgerin zu sein.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ist der Überzeugung, daß durch die Zusammenfassung der proletarischen Massen, die sie erstrebt, der vollständige und dauernde Sieg des Proletariats beschleunigt und gesichert wird. In diesem Sinne erstrebt die Unab-

hängige Sozialdemokratische Partei auch die Schaffung einer revolutionären aktionsfähigen Internationale der Arbeiter aller Länder.

Das Bekenntnis in Wort und Tat zu den Grundsätzen und Forderungen dieses Programms ist die Voraussetzung zur Einigung der Arbeiterklasse.

Nur durch die proletarische Revolution kann der Kapitalismus überwunden, der Sozialismus verwirklicht und damit die Befreiung der Arbeiterklasse durchgeführt werden.

ENTWURF
EINES PROGRAMMS

DER

U.S.P.D.

IM AUFTRAGE DER

POL. KOMM.
DES AKTIONSRATS CHARLOTTENBURG

VERFASST VON

DR. BROH.

INHALTSVERZEICHNIS

Unsere Stellung zum Erfurter Programm.

Die U.S.P.D. erkennt auch heute noch den allgemeinen Teil des Erfurter Programms von 1891 als ihre wissenschaftliche Grundlage an, vor allem die Forderung der Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische als des einzigen Mittels nicht bloß zur Befreiung des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts.

Indessen schweigt das Programm über die Form und Methode dieser Umwandlung. Es beschränkt sich auf die Feststellung, daß nur die Arbeiterklasse sie bewirken könne und zwar dadurch, daß sie in den Besitz der politischen Macht komme. Der Weg dahin aber wird nicht gezeigt.

Dagegen stellt das Programm in seinem zweiten Teil nächste Forderungen auf, die beherrscht sind von der bürgerlich-demokratischen Vorstellung eines allgemeinen freien Volksstaates, Forderungen, deren Erstreben zur Folge hatte die allmähliche Verbürgerlichung der Sozialdemokratie aller Länder.

Das Erfurter Programm bedarf daher einer Ergänzung gemäß den Ergebnissen und Lehren der inzwischen vollzogenen Entwicklung.

Das bürgerliche Wirtschaftssystem.

Das Wirtschaftssystem der Kulturstaaten, außer Rußland, ruht einerseits auf den Schultern der im wesentlichen besitzlosen industriellen und bäuerlichen Arbeitermassen, andererseits auf den Kapitalisten, den Besitzern der von den Arbeitern er- oder bearbeiteten Produktionsmittel (Grundbesitz, Bergwerke, Fabriken, Maschinen, Rohstoffe usw.).

Das System dieser Wirtschaft ist Systemlosigkeit, ist wirtschaftliche Anarchie. Alle Besitzer von Produktionsmitteln dür-

fen wie absolute Herrscher unumschränkt gebieten über Gründung, Erweiterung und Einstellung ihres Betriebes, über dessen Ort, über die Zahl der Arbeitskräfte, den Umfang des Kapitals und der Produktion sowie des Profits, den sie erzielen durch Ausbeutung der von dem Besitz an den Produktionsmitteln ausgeschlossenen und daher ihnen unterworfenen Proletarier, der Kopf- und Handarbeiter.

Der Produktion dieser kapitalistischen Herrscher liegt nicht ein Bedarfsplan der menschlichen Gesellschaft zugrunde, sondern völlige Planlosigkeit. Sie produzieren nur zum Zwecke des Absatzes der produzierten Waren, nur zur Erzielung des Profits, also *nur zur Ausbeutung des Proletariats.* Aber selbst diese Art Produktion wird in der Regel nicht einmal von ihnen selbst geleitet, sondern von höheren Angestellten (Direktoren, Technikern usw.).

Diese Anarchie zu regeln beginnen die beiden Kräfte der modernen Entwicklung, die miteinander ringen und dennoch dem gleichen Ziele zustreben: der Sozialismus und der Imperialismus.

Der *Sozialismus* erstrebt an Stelle der hierdurch im Produktionsprozeß überflüssig werdenden kapitalistischen Herrscher das herrschaftslose internationale *wissenschaftliche* Zusammenwirken aller Schaffenden, die Wirtschaftsdemokratie.

Der *Imperialismus* erstrebt die Zusammenfassung der herrschenden Kapitalisten, die Ausdehnung ihres Machtbereiches über die zu eng gewordenen nationalen und staatlichen Grenzen und die Schaffung eines monopolistischen Weltkapitalismus — was schließlich zum Weltkrieg geführt hat.

Das gegenwärtige Stadium nähert sich in allen Ländern der *konstitutionellen Wirtschaftsmonarchie.* Die bisherige absolutistische Herrschaft der Kapitalisten ist durch einige ihr abgerungene Mitbestimmungsrechte der Arbeiter etwas beschränkt, jedoch ihre Herrschaftsgrundlage selbst — das ausschließliche Eigentum an den Produktionsmitteln — nicht erschüttert.

Der bürgerliche Staat.

Die Durchführung des bisherigen Wirtschaftssystems wird allein ermöglicht durch den Staat.

Nach der bürgerlichen Ideologie liegt dem Staat zugrunde

eine höhere *Rechtsidee,* das Recht der Gesamtheit. Dies jedoch würde verlangen, daß die Produktionsmittel im Eigentum der Gesamtheit, nicht im ausschließlichen Eigentum einzelner stehen.

Tatsächlich beruht der Staat nur auf der geschichtlichen Entwicklung der Gewalt. Und das jeweilige geltende Recht ist nur das Kleid dieser Gewalt. Der Staat ist nur ein Mechanismus zur Vergewaltigung einer Klasse durch die andere. Der bürgerliche Staat ist der Mechanismus zur Unterjochung der besitzlosen Klasse durch die herrschende Klasse. Diese war während des Mittelalters die Klasse der feudalen Großgrundbesitzer, der Erben waffengewaltiger Räuber; in der Neuzeit ist es die Kapitalistenklasse. Sie übt die Gewalt aus mit den gleichen Mitteln wie vordem die feudale Klasse: durch die rechtlich zugelassene Ausbeutung der körperlich und geistig schaffenden Besitzlosen (der Proletarier), Bewucherung der Verbraucher, Bestechung und Übervorteilung der wirtschaftlich Schwächeren, Raub ihres Besitzes durch Börsen, Gesellschaften, Monopole und ähnliche gesetzliche Einrichtungen. Als letztes Mittel zur Durchführung ihrer materiellen Interessen wenden sie das Massenmorden an, das sie durch ihre geistigen Bedienten, besonders durch die Diener des christlichen Gottes, verherrlichen lassen.

Die *Kultur* des bürgerlichen Staates entspricht seinem Recht und seiner Moral. Eine Kultur der Raub- und Profitgier, der Skrupellosigkeit, der Heuchelei auf der einen, der Beschränktheit und des Sklavensinns auf der anderen Seite. Die in dieser bürgerlichen Wirtschaft aufwachsenden Menschen sind notwendigerweise erfüllt von niedrigen Instinkten und unfähig für die Verwirklichung reiner Menschlichkeit und Gemeinsamkeit, wie sie der Marxismus fundamentiert.

Die Form des bürgerlichen Staates ist seit der deutschen November-Revolution überall die gleiche: die parlamentarische Demokratie.

Das weltgeschichtliche Resultat der November-Revolution besteht darin, daß sie die zurückgebliebene, noch halbmittelalterliche Staatsform Deutschlands und Österreichs in Übereinstimmung gebracht hat mit der Staatsform der westlichen Demokratien. Sie hat dadurch auch hier den Kapitalismus und bürgerlichen Parlamentarismus von seinen letzten Fesseln befreit und

zur unumschränkten Macht gebracht. Diese letzte, schrankenlose Entwicklung des bürgerlichen Systems ist jedoch Vorbedingung für den Sieg des proletarischen. Der Kampf zwischen beiden kann erst jetzt auf breitester Grundlage in klassischer Klarheit geführt werden. Er wird nicht mehr abgeschwächt und verwirrt durch die Gemeinsamkeit des politischen Interesses, das bisher Bourgeoisie und Proletariat an der Beseitigung der Überreste des Feudalismus hatten.

Die parlamentarische Demokratie

ist die modernste, raffinierteste und äußerlich gefälligste Fassade der bürgerlichen Klassenherrschaft, der vollendetste politische Überbau des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Trotz ihres kurzen Bestehens in Deutschland hat sich hier ihr wirkliches Wesen schon ebenso brutal enthüllt wie in den Weststaaten.

Die parlamentarische Demokratie ist nicht eine Wirtschaftsdemokratie, sondern nur eine Demokratie der Ausbeuter. Sie kann sich nicht wandeln in eine Demokratie der Ausgebeuteten. Nicht durch eine Revolution noch allmählich. Nicht mit Hilfe des Stimmzettels noch mit Hilfe von Führern, die in Ministerposten gehoben werden. Denn nur die besitzende Klasse kann die Maschine des bürgerlichen Staates handhaben und alle seine Apparate: sein von nichtproletarischen Offizieren geführtes *Heer,* seine *Justiz,* die beherrscht ist von den reaktionärsten bürgerlichen Ideen und in deren Ämter das Proletariat nicht eindringen kann; seine *Bureaukratie,* die von nichtproletarischen Vorgesetzten abhängig ist; seine *Großbanken* und *Börsen,* die nur die Feinde des Proletariats stützen und selbst die Bauern und Kleinbürger unterjochen; seine *Kirche,* die wirtschaftlich ruht auf Pfründen und wohlsituierter Bestallung, geistig auf Unterordnung unter eine scheinbar göttliche, tatsächlich aber bürgerlich-patriarchalische Autorität; seine *Schulen* und *Universitäten,* die nur der bürgerlichen Klasse die höhere machtbringende Bildung übermitteln; endlich seine bestochene, verlogene und verdummende *Presse,* die in den Händen der Ausbeuter ihre fast unüberwindliche Stärke während des Weltkrieges gezeigt hat.

Die Ideen vom Staat, Heer und Beamtentum, von der Obrigkeit und der Kirche sind die Götzen, die die Bourgeoisie sich zum

Schutze erschaffen hat. In Respekt vor ihnen hat sie jahrhundertelang das Proletariat erzogen. Dasselbe ist immer noch zu einem großen Teil beherrscht von dieser bürgerlichen Ideologie und infiziert von den kapitalistischen Instinkten. Die proletarische Klasse enthält noch große Schichten, die infolge von Unaufgeklärtheit keine klare Stellung im Klassenkampf nehmen, so die nationalen und die christlichen Arbeiter, die Landarbeiter sowie die Kleinbauern und Kleinbürger, die als Klasse mehr zum Proletariat als zur Bourgeoisie gehören, ferner Millionen von Frauen. In diesen Schichten betätigt sich besonders die Kirche als eine *Hauptorganisation* des kapitalistisch-bürgerlichen Systems, freilich wirksam nur durch die pekuniären und moralischen Opfer, die ihr das Proletariat selbst darbringt.

Das Parlament.

Auf diesem ungeheuren, ineinander greifenden Mechanismus ist aufgebaut das Parlament. Es ist die Waffe der Bourgeoisie, zuerst geschaffen in ihrem Kampf gegen die Herrschaft der Feudalen, jetzt von ihr benutzt zur Aufrechterhaltung ihrer Diktatur über das Proletariat. Die Waffe des Proletariats gegen das Parlament ist die Räteorganisation.

Der parlamentarische Mechanismus ist so eingerichtet, daß das Proletariat sich seiner nicht bedienen kann zwecks Entwurzelung des Kapitalismus. Das Parlament ist nur eine Vertretung überlebter, bürgerlicher, *politischer* und *religiöser Ideen,* nicht aber der schaffenden w i r t s c h a f t l i c h e n Kräfte des Volkes. Die Idee des Königtums, des Feudalismus und Militarismus, die aus dem Mittelalter in unser modernes Leben hineinragt, umkleidet mit sentimentaler Romantik, wird vertreten von der konservativen (deutsch-nationalen) Partei. Die Unterwerfung des Gewissens unter den katholischen Himmelskönig und unter die politischen Interessen der Jesuiten wird vertreten von der klerikalen Partei (dem Zentrum), die so die widerstreitendsten wirtschaftlichen Kräfte, vom Großgrundbesitzer bis zum Tagelöhner, zu einem politschen Brei mischt. Die Idee eines freien Volksstaates, unter der sich die Freiheit der Ausbeutung verbirgt, wird vertreten von den Demokraten. Die Idee des nationalen, dem Bürgertum friedlich und gesetzlich abzuringenden Sozialis-

mus wird vertreten von den verbürgerlichten Sozialisten (der S.P.D.).

Diese politische Ideologie des Parlaments verdeckt den *wirtschaftlichen* Gegensatz zwischen den Herren und den Sklaven, den das Proletariat ausfechten muß. Kirche, Schule, Bureaukratie und Presse führen in ihrem Schlepptau dem Parlament Millionen Lakaien, die in dieser Ideologie erzogen sind, als Wähler zu und zwar gerade aus dem Proletariat selbst. Mit diesen Mitteln zieht das Parlament seine Kraft sogar aus dem allgemeinen Wahlrecht einschließlich des Frauenstimmrechts, den Hauptforderungen des Erfurter Programms.

Auch die Form der parlamentarischen Vertretung macht diese zu einer stumpfen Waffe für das Proletariat. Der parlamentarische Apparat erlaubt dem Proletariat nur einmal, auf eine Reihe von Jahren hinaus, seine Vertreter zu wählen. Im Parlament zu Einfluß gekommen, benutzen diese Vertreter ihre Macht nicht dazu, die Grundlage, auf der sie fußen, die parlamentarische Demokratie, zu zerstören, sondern umgekehrt, sie zum Schemel ihrer persönlichen Streberei zu machen. Ihren Verrat an den Interessen der in der Tiefe zurückgebliebenen Genossen verdecken sie durch tönende Reden, durch Ausfälle gegen die rechts von ihnen stehenden anderen Geschäftspolitiker sowie durch einige Reformen. So wird der Parlamentarismus zum Sumpf, in dem der revolutionäre Geist des Proletariats erstickt wird.

Daher kann das Proletariat den Sieg nicht erkämpfen mit diesem rein politischen Mechanismus des Parlamentes. Das Proletariat schlägt vielmehr seine Schlachten draußen, auf dem Terrain der Wirtschaft.

Wenn trotzdem infolge der Unaufgeklärtheit breiter Schichten des Proletariats, die noch immer in den Parlamenten vertreten sein wollen, die Partei es gegenwärtig noch für taktisch richtig hält, sich *vorläufig* weiter an den Parlamenten zu beteiligen, so muß eine *vollständige Wandlung* gegenüber der bisherigen Art der Beteiligung sich vollziehen. 1. Der Aberglaube an das Parlament als ein Mittel im Endkampf ist restlos zu zerstören. 2. Die Parlamentsbühne und die Parlamentswahlkämpfe sind in der Hauptsache dazu zu benutzen, die Massen aufzuklären gerade über die *Unzulänglichkeit* dieses politischen Instruments

und um *direkte* prinzipielle Agitation in den Massen selbst zu treiben. 3. Die bisherige Verbesserungs- und Flickarbeit in den Staats- und Gemeindeparlamenten ist aufzugeben, weil sie den Klassencharakter der Gesetzgebung und Verwaltung nur *ver*deckt statt *auf*deckt. Positive Mitarbeit ist nur ausnahmsweise zu gestatten, nur insoweit als sie unzweifelhaft die revolutionäre Entwicklung fördert. 4. Die Gefahr der Vergiftung des revolutionären Geistes, besonders der parlamentarischen Vertreter selbst, die mit dem Gebrauch des parlamentarischen Mittels verknüpft ist, ist ständig abzuschwächen durch unausgesetzte Kontrolle und Überordnung des Massenwillens über die Delegierten, durch Beauftragung der entschiedensten und zuverlässigsten Revolutionäre, ständigen Wechsel der Delegierten, unbedingten Ausschluß der *Wiederwahl* sowie Verbot jedweder Postenhäufung. Nur hierdurch kann entgegengewirkt werden der verderblichen Heranzüchtung von Parlamentariern statt aktionsbereiter Revolutionäre.

Die sozialdemokratische Partei.

Durch die Vermittlung der Parlamente hat der bürgerliche Staat in allen Ländern die Reformsozialisten zu seinen Verbündeten gemacht. Diese Entwicklung ist eine allgemein-geschichtliche und unabhängig von der Persönlichkeit einzelner Führer.

Sie ist beschleunigt worden durch den Weltkrieg. Er hat die Reformsozialisten in den einzelnen imperialistischen Raubstaaten verschmolzen zu einer nationalen Interessengemeinschaft mit der Bourgeoisie ihres Staates.

In Deutschland hat der Weltkrieg diese Entwicklung besonders beflügelt dadurch, daß hier die nationalen Sozialisten zur Hauptstütze erst der kaiserlich-feudalen, dann der kapitalistisch-parlamentarischen Regierung wurden. Abgeschlossen wurde die Entwicklung durch die Bundesgenossenschaft mit den sie offen verachtenden Feinden und Mördern des klassenbewußten Proletariats und seiner Vorkämpfer.

Nur mit ihrer Hilfe hat der Kapitalismus die Grundlagen seiner Herrschaft befestigt in Gestalt der neuen deutschen Verfassung. Nur mit ihrer Hilfe hat er die friedliche Abänderung dieser Verfassung selbst für den Fall unmöglich gemacht, daß

das Proletariat die Mehrheit im Parlamente erlangt. Nur mit ihrer Hilfe sind in der Verfassung die meisten Forderungen des Erfurter Programms aufgegeben und nicht nur das Privateigentum der Ausbeuter an den Produktionsmitteln, sondern auch alle Fundamente der bürgerlichen Diktatur darin verankert. Nur mit ihrer Hilfe hält die Bourgeoisie die revolutionäre Bewegung nieder durch früher unerhörte Gewaltmaßregeln, durch blutigen Terror.

Hätte die Bourgeoisie allein die Geschäfte in Deutschland führen müssen, ohne die Hilfe der Sozialdemokratie und gegen ihre Opposition, so wagte sie dies alles, selbst unter Ludendorff, nicht in diesem entwickeltsten Industriestaat der Welt, der nicht mit Ungarn zu vergleichen ist. Das Proletariat hat daher nicht das geringste Interesse an der Aufrechterhaltung der schädlichen und verwirrenden scheinsozialistischen Regierung.

Die U.S.P.D. brandmarkt demzufolge die Bestrebungen nach Einigung mit dieser Hilfstruppe der Reaktion als Rückfall von der steilen Höhe marxistischer Erkenntnis in den Sumpf der Verbürgerlichung und Nationalisierung des Proletariats. Gerade durch die Einigung mit den Reformsozialisten ist der Flügelschlag der Revolution gelähmt worden schon gleich am 9. November. Die Massen, die ihnen heute noch anhängen, sind, soweit sie proletarisch sind, zu gewinnen für den proletarischen Staat durch prinzipienklare Aufrüttelung.

Zugleich ist auf Grund dieses revolutionären Programms anzustreben die Einigung mit der kommunistischen Partei Deutschlands zu einer Gesamtpartei des klassenbewußten Proletariats.

Der proletarische Staat.

Die Arbeiterklasse muß erkennen, daß sie den Sozialismus nur verwirklichen kann durch Zertrümmerung des kapitalistischen Staates.

Das Vorbild desselben ist bereits lebendige Wirklichkeit geworden durch die russische Sowjet-Republik. Diese baut sich auf der Rätedemokratie auf.

Ihr Wesen besteht in der Verbindung (Synthese) der politischen Arbeit mit der produktiven Arbeit. Die politische Betätigung, die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Kontrolle

wird vereinigt. *Sie ist nicht mehr das Privileg einzelner, sei es der Kapitalisten, sei es der Führer des Proletariats.* Sondern sie wird ausgeübt in den Organisationskörpern der schaffenden Arbeit und von denselben Personen, den schaffenden Kopf- und Handarbeitern.

Soweit die Vollversammlungen der Schaffenden sich Beauftragter für Kommissionsarbeiten bedienen, erhalten diese nur den ihnen entgangenen üblichen Arbeitslohn. Sie sind jederzeit abberufbar und werden abwechselnd beauftragt. So ist unmittelbare Wechselwirkung zwischen den jeweiligen Funktionären und den übrigen gesichert. Eine neue Bureaukratie, wie sie gegenwärtig noch in der Partei und den Gewerkschaften blüht, kann nicht entstehen.

Zwei Perioden sind hier scharf zu unterscheiden: die Räteorganisation v o r und n a c h der Errichtung des proletarischen Staates.

Die jetzige Räteorganisation.

Das Rätesystem, das jetzt im Mutterschoße der kapitalistischen Gesellschaft heranreift, ist naturgemäß von dieser noch abhängig, sowohl was seinen inneren Gehalt wie seine äußere Gestalt anlangt.

Die U.S.P.D. macht es sich zur Aufgabe, den geistigen Gehalt dieses neuen welterobernden Systems zu vertiefen, vor allem das Proletariat zu befreien von dem Glauben an jede Autorität. Nicht nur alle von der Bourgeoisie aufgerichteten Götzen sind zu zertrümmern, sondern auch die Götzen, die nach diesen Vorbildern das Proletariat sich selbst aufgerichtet hat: das Partei- und das Gewerkschafts-Bonzentum. Die große Lehre von Marx, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr *eigenes* Werk sein kann, gilt auch in der tieferen Bedeutung, daß sie nicht das Werk von *Führern* sein kann. Diese werden vielmehr immer wieder, auch ohne es zu wollen, die Hauptstützen der Unmündigkeit.

Der *Grundgedanke des Rätesystems* muß Leben gewinnen: daß jeder klassenbewußte Arbeiter, gleichberechtigt und frei von jedem Autoritätsgefühl, sich betätigt in täglicher politischer Arbeit und daß diese in Permanenz erklärt wird.

Die U.S.P.D. lehnt daher ab das Streben, im heutigen Staate die Herrschaft der *Partei* aufzurichten, was gleichbedeutend ist mit der Herrschaft der Partei*führer,* als Verrat an der hohen Sache der Menschheitsbefreiung. Nicht eine Partei kann den bürgerlichen Staat zertrümmern, sondern nur das auf dem Rätegedanken fußende Proletariat. Die Partei stellt nur *eine* der Organisationen des Proletariats, seinen Sturmtrupp, dar.

Die U.S.P.D. verwirft daher auch die Bestrebungen einzelner Gruppen, vorzeitig durch *Einzelaktionen* die Gewalt an sich zu reißen.

Sie bekämpft den Irrglauben, daß durch *Einzelstreiks* oder gar durch die die Produktionsmittel selbst zerstörende *Sabotage* oder durch die die Arbeiter selbst entnervende passive *Resistenz* die politische Macht erobert werden kann. Wohl aber sind alle wirtschaftlichen Streiks zu benutzen zu revolutionärer Aufrüttelung, besonders der noch nicht völlig aufgeklärten Schichten des Proletariats der Landarbeiter, der christlichen Arbeiter, der Angestellten und der völlig Unorganisierten.

Die zunehmenden Gegenmittel des Kapitalismus — amtliche Streikbrecher-Organisationen, Bürgerstreiks, Gewaltmittel der Regierung nach amerikanisch-demokratischem Muster — sind von uns zu benutzen als besondere Mittel der Aufklärung über die Wertlosigkeit der Demokratie und Notwendigkeit der Räteorganisation. Vor allem durch die Erfindung des Begriffs der lebenswichtigen Betriebe und durch das hiermit verknüpfte Ausnahmerecht sind die Millionen Arbeiter dieser Betriebe, besonders die Bergleute und Eisenbahner wieder herabgedrückt auf die Stufe der mittelalterlichen Leibeigenen.

Die *Ausgestaltung* der Räte innerhalb des kapitalistischen Systems läßt sich im einzelnen nicht vorher festlegen. Sie hängt ab von den taktischen Kämpfen, die das Proletariat mit den Unternehmern führt. Bei ihrem Vorwärtsdrängen muß aber stets vorherrschen das *revolutionäre Ziel* des völligen Umsturzes des bürgerlichen Staates durch die Räte. Sie sind daher zu organisieren ausschließlich als die Feinde der gegenwärtigen Verwaltungen und als die Träger der kommenden proletarischen Diktatur, dergestalt, daß nach dem Umsturz das neue System sofort funktioniert.

Die *Urzellen des Rätesystems* sind einerseits die Betriebsorganisationen, andererseits die kommunalen Organisationen. Wir müssen streben, sie nicht auf einmal durch künstliche Dekrete von oben, sondern allmählich fortschreitend zusammenzufassen in größeren Verbänden, erstere in den Industrieverbänden, diese wiederum in den Wirtschaftsverbänden; letztere in den kommunalen und diese in den staatlichen Verbänden. Durch diese großen umfassenden Verbände wird beseitigt die Gefahr des *Syndikalismus,* des Auseinanderfallens der Zellen des Räteorganismus, die Gefahr egoistischer Reibungen und der Verzettelung der Organisationskräfte.

Den Mittelpunkt der Betriebsorganisationen bilden die *Betriebsräte.* Die Kräfte sind nicht zu zersplittern durch die Versuche, die Gewerkschaften von innen zu revolutionieren und mit dem Rätegedanken zu erfüllen.

Im Mittelpunkt der kommunalen Organisationen stehen die *kommunalen Arbeiterräte.* Ihr Fundament sollen sein die von ihnen politisch zu revolutionierenden kommunalen Betriebe, die in revolutionären Arbeitsgemeinschaften zusammenzufassen sind, dagegen nicht die bisherigen kommunalen Arbeitsgemeinschaften, die nur rein wirtschaftliche Ziele verfolgen.

Neben dieser Organisierung des Proletariats ist, gleichfalls schon innerhalb des jetzigen kapitalistischen Systems, zu betreiben die fortschreitende *Sozialisierung* des Wirtschaftskörpers selbst. Insbesondere ist zu betreiben die Verstaatlichung bzw. Kommunalisierung des gesamten Personen- und Gütertransportwesens einschließlich der Schiffahrt, der Bergwerks- und Hüttenbetriebe, des Großgrundbesitzes, der Krafterzeugung, des Banken- und Versicherungswesens, des Inseratenwesens.

Der so geförderte *Staatskapitalismus* ist zwar weit entfernt vom ausbeutungslosen Sozialismus. Indessen erleichtert er dem Proletariat die schnellere Durchführung des Kommunismus, wogegen es sonst erst *nach* seinem Siege die Einzelbetriebe zusammenfassen müßte.

Der *Zeitpunkt,* wann in Deutschland die Organisation des Proletariats die Reife erlangen wird, den Mutterschoß der kapi-

talistischen Gesellschaft zu sprengen, ohne die Gefahr einer Frühgeburt, läßt sich im voraus nicht bestimmen.

Indessen ist von allen kapitalistischen Staaten Deutschland der zum Umsturz reifste. Seine Bourgeoisie und Bureaukratie ist geistig und moralisch zersetzt, seine Wirtschaft bereits völlig bankrott. Durch verzweifelte Manipulationen versucht die bürgerlich-sozialistische Regierung, nur um sich an der Macht zu halten, vergeblich, diesen Bankrott zu verschleiern. Inzwischen benutzen die Kapitalisten diese Galgenfrist, um die deutschen Erzeugnisse und Werte vollends ins Ausland zu verschleppen. Je länger der Umsturz verzögert wird, um so mehr wird die Konkursmasse verschleudert zugunsten der Kapitalisten Deutschlands und des Auslandes, um so mehr verelenden die besitzlosen Schichten, um so mehr werden sie zu Sklaven der Entente. Den einzigen Weg ins Freie aus diesem Elend öffnet die Zertrümmerung des kapitalistischen Systems.

Aber auch das Proletariat in Deutschland ist das organisatorisch geschulteste der Welt. Kraft seiner Organisation ist es fähiger als alle anderen Proletariate, aufzubauen durch Systematisierung der heute nur auf die Bedürfnisse der Kapitalisten zugeschnittenen anarchischen Wirtschaft, durch Arbeitsfreude im eigenen proletarischen Staat, durch Erschließung aller reichen Bodenschätze und Kräfte Deutschlands, durch Anschluß an das unerschöpfliche Rußland, durch Abschüttelung der Versailler Friedensknechtschaft, endlich durch Revolutionierung des italienischen, französischen und belgischen Proletariats, dem es am Wiederaufbau mit allen Kräften zu helfen hat, und schließlich des englischen und amerikanischen Proletariats.

Die *Taktik* der Partei bis zum Endkampf *muß fußen auf der Gewißheit des unbedingt alsbaldigen Sieges.* Die Kräfte der Partei sind daher nicht zu zersplittern in *reformistischen* Versuchen, durch die Parlamente oder sonstwie innerhalb des zerrütteten Wirtschafts- und Staatsgebäudes Verbesserungen herbeizuführen, was nur die Energie der proletarischen Massen schwächt und verwirrt. Sondern sie sind zusammenzufassen: 1. zum *revolutionären* Stoß gegen die stürzende Autorität, 2. zum *schöpferischen* Neuaufbau in täglicher theoretischer und praktischer Kleinarbeit der Organisierung der Räte.

Auf diese Weise sind die Massen weit tiefgreifender als bisher, geistig wie organisatorisch, zu schulen in der *proletarischen Disziplin und Solidarität,* die *allein* imstande ist, die schon wankende, aber immer noch äußerlich mächtige Organisation des bürgerlichen Staates zu sprengen.

Erst nach dieser Vorbereitung, planvoller als es in Rußland möglich war, setzt die *Endaktion* ein. Mittels eines ungeheuren Massenstreiks, vor allem der Industrie- und Verkehrs-Arbeiterschaft, bringt sie die bürgerliche Staatsmaschine zum Stillstand und richtet die proletarische ein. Wenn dann die kapitalistischen Gewalthaber den Versuch machen, ihrerseits dieser Endaktion der klassenbewußten Millionen *den blutigen Terror* entgegenzusetzen, den sie seit Jahrhunderten stets als letztes Mittel angewendet haben und heute noch anwenden, so wird er erstickt werden in riesenhafter Umklammerung.

Unmittelbar mit der Eroberung der Macht wird zugleich die *Rote Armee* großzügig organisiert. Sie wird ständig in Aktion bleiben, um jede Gegenrevolution sowohl der eigenen Bourgeoisie wie der der Nachbarstaaten endgültig zurückzuwerfen.

Die Rätedemokratie des proletarischen Staates.

Im Gegensatz zu allen bisherigen Revolutionen ist es das Ziel der proletarischen Revolution, keine einzige Einrichtung des alten Staatsmechanismus bestehen zu lassen. *Staat und Wirtschaft beruhen nunmehr auf der einheitlichen Grundlage der Rätedemokratie.*

Sämtliche Arbeiter werden zur Verwaltung der Betriebe, der Kommunen und der umfassenden Verbände herangezogen. Auch die Landarbeiter, die Kleinbauern und Kleinbürger werden zu Mitarbeitern des Räteorganismus geschult. Das Bewußtsein, Herren im eigenen Hause, nicht mehr Lakaien im Hause des Kapitalismus zu sein, wird ihnen hinweghelfen über die unvermeidlichen Schwierigkeiten im Beginne des Umbaus.

Nach vollendetem Umbau arbeitet die Produktion nicht mehr wie bisher anarchisch, sondern systematisch. Sie ist nicht mehr gegründet auf Ausbeutung, Profit und Risiko, sondern auf Gemeinwirtschaft und gleichmäßigen Bedarf der Gesamtheit.

Sofort begonnen wird mit der Überführung des *Großgrundbesitzes,* der Privatparks, der Schlösser, der Mietskasernen, der Theater, des Inseratenwesens u. s. f. in die Verwaltung der kommunalen Verbände; der Großbanken, der Versicherungsgesellschaften, der großen syndizierten Unternehmungen, der Bergwerke in die Verwaltung des Staates.

Alle Fortschritte der *Wissenschaft, Technik und Kunst* werden großzügig in den Dienst der neuen Produktion gestellt. Den Organisatoren, den Erfindern, den Bahnbrechern und ihren Gehilfen wird die Gesamtheit des schaffenden Volkes die Schranken niederreißen, die die bisherige Systemlosigkeit, die Profitgier und die Furcht vor Risiko ihnen jetzt in den Weg stellt. Die bisher infolge der Herrschaft der Kapitalisten systemlose Volkswirtschaft wird durch die Wissenschaft auf eine neue Grundlage gestellt werden. Die Wissenschaft wird durch Planmäßigkeit und systematische Einführung der Maschinenkraft auf allen Gebieten die Produktion ungeheuer steigern. Sie wird die jetzige Vergeudung von Menschenkraft und Zeit beenden und hierdurch dem Menschengeschlecht erst die Möglichkeit gewähren, die höchste Stufe der Selbstentwicklung zu erreichen.

Die durch das kapitalistische System gesteigerte *Trennung von Stadt und Land* wird allmählich ausgeglichen durch die Beseitigung des ausbeutenden Großgrundbesitzes, der jetzt die Proletarier in die Städte treibt, durch die Anlage von Gartenstädten und Fabriken auf dem Lande, durch Verbindung der ländlichen mit der industriellen Arbeit.

Nicht in Frage kommt die *Enteignung der Kleinbürger und Kleinbauern,* die nicht von der Ausbeutung leben, vielmehr selbst von der Kapitalistenklasse unterdrückt werden. Die Vorteile, die den fortgeschrittenen Teilen dieser Schichten zufließen durch Organisation und Gewährung der technisch vervollkommneten Hilfsmittel, werden allmählich auch die Zurückgebliebenen zur Einreihung in die Organisation der Schaffenden veranlassen.

Das Mittel des *Arbeitszwanges,* das jetzt das Proletariat seinen Herren nicht als Peitsche in die Hand geben darf, wird der proletarische Staat anwenden. In der Form, daß er jedem ein Existenzminimum sichert, aber nur den Arbeitenden und den Arbeitsunfähigen die Befriedigung höherer Lebens-

bedürfnisse und die Rechte an der Mitverwaltung gewährt. Streiks und Aussperrungen, die unvermeidlichen Folgen der kapitalistischen Herrschaft, fallen in der Rätedemokratie naturgemäß fort.

Während jetzt schon von der Wiege an die Angehörigen des Staates in zwei zur Todfeindschaft verurteilte Klassen gespalten und die Güter der menschlichen Gesellschaft schon vom ersten Lebensjahre an ungerecht unter sie verteilt werden, verbindet der proletarische Staat das gesamte Volk zu einer einzigen Klasse der Schaffenden. Alle Angehörigen des Volkes genießen vom Kindesalter an die gleiche Erziehung und die gleichen Rechte.

Die bisherige Autoritäts- und Lehr-Schule wird aufgehoben. An ihre Stelle treten freie und frohe Arbeits- und Lebensgemeinschaften der Kinder, die an bevorzugten Plätzen der Natur, in den Schlössern usw. untergebracht werden.

An Stelle des heutigen nur die Gewalt verkleidenden Rechts wird die *Gerechtigkeit* zur Grundlage des öffentlichen und Privatrechts. An Stelle der Behörden richtet das Volk, im wesentlichen nicht nach Gesetzen, sondern nach Billigkeit. An die Stelle des Strafrechts tritt gegenüber den Verbrechern die erziehende Fürsorge der Gemeinschaft für diese ihre zurückgebliebenen Glieder. Das Erbrecht wird beschränkt auf Kleinwirtschaften und Gebrauchsgegenstände.

Der bisherige, auf militärische Brutalität gestützte, das Volk wie ein Moloch verschlingende *Raubstaat* wird ein Glied der internationalen Gemeinwirtschaft.

So wird *der menschliche Geist selbst*, der stets nur ein Produkt der wirtschaftlichen Verhältnisse gewesen ist, auch innerlich befreit werden von der ausbeuterischen Gier der Bestie Kapitalismus, die sich jahrhundertelang in den Gehirnen festgekrallt hat und heute ins Maßlose, bis zum Völkermord und zur Korruption großer Volksschichten, gesteigert ist. An Stelle der ausbeutenden militaristischen, imperialistischen, kapitalistischen Herren und ihrer Sklaven sowie der Mittelschicht der philiströsen Spießbürger, die der bürgerliche Staat herangezogen hat, wird der proletarische Staat die Heranbildung einer Gemeinschaft gewaltlos schaffender Menschen *naturnotwendig* zur Folge haben.

Erst dann wird der proletarische Staat nicht mehr die Gewaltakte der bisherigen Nutznießer des Kapitalismus zu fürchten

haben. Dann ist die geschichtliche Aufgabe des proletarischen Staates beendet. Er wird abgelöst durch das staatenlose übernationale kommunistische Gemeinwesen, das fernste, höchste Ziel der Menschheitsentwicklung.

Die Weltrevolution.

Der weltgeschichtliche Kampf des Proletariats für die Befreiung der Menschheit aus den Fesseln des Kapitalismus ist gegenwärtig in sein letztes Stadium getreten.

Aufbau, Ordnung und *Ruhe* kann der bürgerliche Staat nicht mehr gewährleisten. Dies ist unwiderleglich bewiesen durch die immer gewaltiger gewordenen Wirtschaftskämpfe und Kriege, zuletzt durch den Weltkrieg. Er hat gezeigt, daß selbst eine längere Periode des Aufbaues zuletzt doch wieder in die unausfüllbaren Abgründe des kapitalistischen Systems versinken muß.

Die Grundkraft dieses Staates, die bisher zu den Katastrophen geführt hat — die Trennung der Gesellschaft in feindliche Klassen und in feindliche Raubstaaten — muß notwendig zu immer neuen Ausbrüchen der Feindschaft, zu immer neuen Katastrophen führen. Die herrschende Klasse beweist täglich, daß sie deren nicht Herr werden kann. Während die Zeit nach Steigerung der Produktion hungert, herrscht Arbeitslosigkeit, herrschen Aussperrungen und Streiks, die den Ausgebeuteten durch die Bewucherung aufgezwungen werden, und ist selbst eine Steigerung der Produktion nur gleichbedeutend mit der Steigerung der Ausbeutung. Eine die ganze Welt aufrüttelnde Unruhe gärt in allen Schichten und in allen Völkern, bald hier, bald dort zu Flammen aufschlagend, das Zeichen der *Weltrevolution.*

Sie vollzieht sich anders als alle früheren Revolutionen. Der Weltkrieg bedeutete bereits ihren ersten Akt. Er hat schon in stürmischer Beschleunigung die Einzelkräfte zusammengeschweißt zu ungeheuren Komplexen — Millionenheeren, Heeresbetrieben, staatlichen Zwangswirtschaften —. Er hat ferner selbst den rückständigsten Schichten der Menschheit die gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge aufgedeckt, die ihnen bis dahin verborgen geblieben waren und alle hierdurch aufgerüttelt. So hat der Weltkrieg die Weltrevolution eingeleitet. Erzeugt von den Kräften des Weltkapitalismus, der die staatlichen Fesseln

sprengte, ergreift die Weltrevolution nacheinander jetzt die Proletariate aller Länder, erst der besiegten, dann der scheinbar siegreichen, sich über Jahre hindehnend.

Dem internationalen Proletariat leuchtet in diesem Kampf als Vorbild die russische Sowjet-Republik.

Ist aber auch der Kampf des Proletariats ein internationaler, so muß er doch in jedem Staat gemäß den besonderen Verhältnissen geführt werden. Aufgabe der U.S.P.D. ist, in Deutschland die revolutionäre Entwicklung vorwärts zu treiben bis zur Errichtung der proletarischen Rätedemokratie. Sie hat hierbei das russische Vorbild nicht schlechthin zu übertragen auf die in wirtschaftlicher wie geistiger Beziehung vielfältig abweichenden Verhältnisse in Deutschland. Vielmehr hat sie in nachschöpferischer Weise gestaltend zu arbeiten und zugleich methodisch aus den in Rußland begangenen Fehlern zu lernen.

Die Sowjetrepublik ist zugleich aber der *Eckpfeiler* der Weltrevolution. Das deutsche Proletariat muß daher wirtschaftlich und geistig sich aufs engste an sie anschließen, um dem von der Entente geschaffenen Block der weltkapitalistischen Gewalthaber und ihrer Vasallen, zu dem auch das neue Deutschland gehört, entgegenzusetzen den Block des revolutionären Proletariats in Gestalt der *dritten Internationale.*

Daher ist nicht nur zu verwerfen die Wiederbelebung der im Weltkrieg verendeten zweiten Internationale, dieser Zusammenfassung der nationalen, verbürgerlichten, parlamentarisch-demokratischen Sozialisten; sondern es sind auch zurückzuweisen alle von den Schwankenden und Halben gemachten Versuche, eine klare Entscheidung zu vermeiden durch Gründung einer neuen Internationale.

Die U.S.P.D. ist sich bewußt, daß sie durch Herbeiführung des Zusammenschlusses des revolutionären Proletariats in Deutschland mit der 3. Internationale ihrer geschichtlichen Aufgabe treu bleibt und durch diese entschlossene große Aktion auch den Proletariaten der Weststaaten den einzigen Weg zu ihrer Befreiung weist.
